

Linz Kultur / Friedensstadt Linz

Reiner Steinweg

Als Friedensforscher in Israel (und Palästina)

Ein politischer Reisebericht

Stand: 22. 1. 2010

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht wurde erst anderthalb Jahre nach der Reise, der er gilt, ausformuliert, auf der Basis von Notizen und einem wenige Monate nach der Reise anhand von Stichworten gehaltenen und aufgezeichneten Vortrag.¹ Diese lange Zeitspanne, bedingt durch andere, unaufschiebbare Aufgaben, mag als Indiz für die hohe Bedeutung gelten, die diese Reise lebensgeschichtlich für mich gewonnen hat. Sie „treibt mich (immer noch) um“.

Ich konzentriere mich im Folgenden auf die Wiedergabe von Gesprächen und – selbstverständlich höchst subjektiven und begrenzten – Eindrücken und versuche, darauf aufbauende Urteile zu vermeiden und Widersprüchliches und Gegensätzlichkeiten nicht zu glätten. Hin und wieder gebe ich jedoch, wie es dem Genre Reisebericht entspricht, auch meine Empfindungen wieder. Vielleicht ergibt sich einmal an anderer Stelle Gelegenheit, meine politischen Schlussfolgerungen aus dieser Reise auszuformulieren und zu begründen. (Dabei werden auf jeden Fall Strategien der Gewaltfreiheit eine größere Rolle spielen, wie sie u. a. von Sari Nusseibeh, dem berühmten Philosophen, Politiker und Präsidenten der Al Quds Universität, in dem Buch „Es war einmal ein Land. Ein Leben in Palästina“ empfohlen werden.) Der Bericht lässt also bewusst viele Fragen, die sich aufdrängen, offen. Das gilt auch für die in Israel artikulierte, teilweise scharfe Kritik am „Manifest der 25“, das Anlass für die Reise war.

¹ Den von der *Friedensinitiative der Stadt Linz* und der Volkshochschule Linz veranstalteten Vortrag habe ich, moderiert von Gerda Forstner, unter gleicher Überschrift am 5. Juni 2008 zur Eröffnung der von mir gestifteten Friedensbibliothek der Stadt Linz gehalten. Die mündliche Fassung ist auf CD in der Friedensbibliothek (Teil der Stadtbibliothek) im Wissensturm Linz oder über den Vf. zugänglich, der Schluss auch auf der DVD „Ein Leben gegen Gewalt. Reiner Steinweg über seinen Weg zur Friedensforschung“, die vom Institut für Friedenspädagogik Tübingen produziert wurde und vertrieben wird.

Das „Manifest der 25“ haben Jörg Becker und ich zusammen mit einigen deutschen Kollegen nach dem uns schockierenden Libanonkrieg 2006 formuliert. Der etwas großspuri-ge Untertitel „Manifest der 25“ kam auf der Suche nach einer Kurzbezeichnung erst un-mittelbar vor der Veröffentlichung hinzu: Der Text wurde von insgesamt (also mit uns) 25 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet, vorwiegend, aber nicht ausschließlich aus der Friedensforschung.² Die Bezeichnung „Manifest“ bedaure ich inzwischen, denn das Wort ist eigentlich zu anspruchsvoll für das, was wir da versucht haben. Der Text war als Zei-tungsartikel gedacht und sollte eine grundsätzliche Debatte zum deutsch-israelischen Verhältnis anstoßen, die wir in der Folge des Libanonkrieges vermisst hatten – nicht mehr und nicht weniger.

Nach mehreren gescheiterten anderen Versuchen war es gelungen, den im Folgenden gleichwohl als „Manifest“ zitierten Text am 15. November 2006 in der *Frankfurter Rundschau* zu publizieren. Er hat eine Reihe von kritischen wie zustimmenden Reaktionen ausgelöst, darunter acht Beiträge in der Frankfurter Rundschau, die zunächst eine ganze Seite mit Leserbriefen dazu publizierte.³ Zahlreiche Beiträge, vorwiegend im Internet, folgten. Ferner bezogen sich eine Abendveranstaltung in München, organisiert und mo-deriert von Reiner Bernstein, dem unermüdlichen Vorkämpfer für die „Genfer Initiative“, und zwei Tagungen in Evangelischen Akademien⁴ explizit auf diesen Text.

Im Herbst 2007 erhielten die „Manifest“-Autoren eine Einladung von der *Friedrich Ebert Stiftung* Tel Aviv und vom *Netanya College for Strategic Dialogue*, den Text in Israel vor-zustellen und zu diskutieren. Dazu kam es auf folgende Weise: Die bemerkenswerteste Reaktion auf unseren Text war aus meiner (und nicht nur meiner) Sicht ein an uns Auto-

² Acht von diesen 25 unterzeichneten nur „der Grundtendenz nach“. Der Text versuchte plausibel zu machen, dass die Zeit reif sei für eine freundschaftliche Beziehung zu Israel auf Augenhöhe, bei der gegenseitige Kritik an einzelnen Entscheidungen selbstverständlich ist – ohne die deut-sche Schuld am Schicksal der Juden klein zu reden oder einen „Schlussstrich“ zu ziehen. Er rich-tete sich an die Adresse der deutschen Regierung, die (indirekt) aufgefordert wurde, die unver-hältnismäßigen Zerstörungen im Libanon nicht auch noch mit der Lieferung von hightech-Waffen (U-Booten) zu honorieren, sondern Israel vor den erwartbaren langfristigen internationalen Folgen solcher Verhaltensweisen rechtzeitig zu warnen. Überdies sei – ohne Billigung der palästinensi-schen Gewaltstrategie – zu bedenken, dass auch die Palästinenser Opfer der Folgewirkungen des Holocaust geworden seien. Der Wortlaut ist u.a. nachzulesen in: Georg Meggle (Hg.), *Deutschland, Israel, Palästina. Streitschriften*, Hamburg: EVA, 2007, 367-381, ferner in: Reiner Steinweg (Hg. im Auftrag des „Forum Crisis Prevention“): *Dokumentation: Das „Manifest der 25. Freundschaft und Kritik“ und die darauf folgende Debatte*, Band I, <http://www.crisis-prevention.info/>, S. 9-14. (Band II der Dokumentation ist in Vorbereitung.)

³ Dokumentation (s. Fußn. 2) S. 15-20, weitere Leserbriefe S. 21-31

⁴ „Besondere Beziehungen? Was Deutschland zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern beitragen kann“. Diese Tagung der Ev. Akademie Iserlohn, die vom 20. bis 22. April 2007 in Ber-lin-Spandau stattfand, wurde inhaltlich von Jörg Becker und mir in Zusammenarbeit mit Jutta Roitsch vorbereitet. Bei der von Pax Christi Deutschland vorbereiteten Nahost-Tagung der Ev.

ren gerichteter Brief von Dov Ben Meir, einem ehemaligen Vizepräsidenten der Knesset. (Ich habe in Israel gelernt, dass dieser Name nichts mit dem deutschen Meier zu tun hat, sondern ein hebräisches Wort ist.) Er hat auf eine mich und viele von uns Autoren sehr berührende Weise reagiert, gleichzeitig aber sehr deutlich gemacht, dass er in vielen Punkten nicht mit uns übereinstimmt. Wir konnten erreichen, dass sein Brief in der Frankfurter Rundschau gedruckt wurde⁵ und haben ihm ausführlich geantwortet⁶, worauf er mit einem zweiten Brief reagiert hat, auf den zu antworten wir erst nach unserer Reise zeitlich in der Lage waren.

Dov Ben Meir, der über 80 Jahre alt ist, war die Triebfeder hinter der Einladung an uns, die zu der dichtesten politischen Reise geführt hat, die ich je in meinem Leben gemacht habe – wenn man einmal von meiner Teilnahme am San Francisco-Moskau-Marsch für Frieden und einseitige Abrüstung im Jahre 1961 absieht.⁷ Ben-Meir hat von sich aus Hermann Bünz, den damaligen Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tel Aviv, angesprochen, mit der er als Freund des verstorbenen deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau schon seit vielen Jahren verbunden ist, ob man nicht eine Konferenz mit uns organisieren könne. Im Zusammenhang mit den Feiern zum 60-jährigen Bestehen des Staates Israel ließ sich das tatsächlich als erste einer Reihe von Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zu diesem Ereignis einrichten. Außer mir beteiligten sich an dieser Reise:

- Prof. *Jörg Becker*, Solingen, Mitte der 1970er Jahre wie ich Mitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt/M, später selbständiger Kommunikationsexperte, insbesondere für alles, was mit den diversen Medien und ihren politischen Auswirkungen zu tun hat. Insbesondere seit dem tödlichen Attentat auf fünf in Solingen wohnhafte Personen türkischer Abstammung am 29. Mai 1993 hat er sich intensiv mit dem Islam und den Lebensbedingungen der Türken in Deutschland beschäftigt.

Akademie Bad Boll am 12. und 13. Mai 2007 wurde das „Manifest“ von Georg Meggle vorgestellt und vertreten.

⁵ Siehe die in Fußn. 2 erwähnte Dokumentation Band I, S. 42-45.

⁶ Ebenda S. 48-54. In Tel Aviv erfuhren wir, dass es hauptsächlich diese Antwort war, die Ben Meir und die Friedrich Ebert Stiftung zu der Einladung an uns motiviert hat. Die Antwort habe gezeigt, dass man mit uns reden könne. Sie ist – wie der darauf folgende Briefwechsel – zugänglich unter [http://www.crisis-prevention.info/Briefwechsel mit Dov Ben Meir](http://www.crisis-prevention.info/Briefwechsel%20mit%20Dov%20Ben%20Meir).

⁷ Dazu kürzlich Andreas Buro, Marsch der Gewaltfreien von San Francisco nach Moskau 1960/61, in: Marcel M. Baumann, Hanne-Margret Birckenbach, Volkhard Brandes, Sandra Dietrich, Ulrich Gundermann und Ulrike Suhr (Hrg.), *Friedensforschung und Friedenspraxis. Ermutigung zur Arbeit an der Utopie. Festschrift zum 70. Geburtstag von Reiner Steinweg*, Frankfurt/M.: Brandes & Apffel 2009, 143-152.

- Prof. *Gert Krell*, mein langjähriger Kollege in der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, zeitweise auch Mitglied im Redaktionsrat der von mir redigierten „Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis“ in der edition suhrkamp; er hat in seiner Zeit an der Universität Frankfurt am Main verschiedentlich Seminare über den Nahost-Konflikt angeboten und war unter uns vieren der einzige, den man mit einigem Recht als „Nahostexperten“ bezeichnen kann.
- Prof. *Georg Meggle* von der Universität Leipzig, ein Philosoph, der den Auftrag der Philosophie, Gespräche zu ermöglichen und dadurch auch über tiefe Gräben hinweg zur Wahrheitssuche und zur Selbstreflexion beizutragen, in bemerkenswerter Weise ernst nimmt. Er hat in Leipzig mehrere Ringvorlesungen zu schwierigen politischen Themen mit besonders umstrittenen Referenten organisiert, wo sonst oft gesagt wird: „Mit so einem/einer rede ich nicht.“ Darunter war auch eine Ringvorlesung über den Nahostkonflikt, bei der es im Zusammenhang mit dem Vortrag von Helga Baumgarten (die ich im Verlauf dieser Reise kennenlernen durfte, siehe unten) zu einem gewalttätigen Zwischenfall mit Körperverletzung und Sachschaden sowie zu massiver Lärmbelästigung durch sog. „Antideutsche“ kam.⁸

Meine eigene Reise unterschied sich etwas von jener der drei Kollegen, die nach Beendigung des offiziellen Programms bald zurückgefahren sind. Ich hatte das Glück, eine ganze Woche bleiben zu können, und daher die Chance, auch zwei Abstecher nach Palästina zu machen. Palästina steht in der Überschrift jedoch in Klammern, weil es zur Hauptsache nicht eine Palästina-, sondern eine Israel-Reise war. Aber ich bin froh, dass ich einen Blick auf die andere Seite werfen konnte.

Ich berichte über die drei Teile meiner Reise in der Reihenfolge, wie sie stattgefunden haben.

Das „Beratungsprogramm“ der Friedrich Ebert-Stiftung für uns in Tel Aviv und Jerusalem

Wir kamen am 15. Februar 2008 gemeinsam gegen Mitternacht in Tel Aviv an. Am nächsten Vormittag wurden wir mit den MitarbeiterInnen der Friedrich Ebert Stiftung bekannt gemacht, die freundlicherweise zu uns ins Hotel kamen. Die FES, insbesondere die Projektmanagerin *Anita Haviv*, hatten sich ungeheuer ins Zeug gelegt, um ein interessantes und vielseitiges „Beratungsprogramm“ für uns zu organisieren, das in dreiein-

⁸ Dass Georg Meggle für die Organisation dieser Veranstaltung des Antisemitismus geziehen wurde, hat ihn schwer getroffen – ein Grund mehr für ihn, sich an unserer Israelreise (die nicht seine erste war) zu beteiligen.

halb Tagen sieben Gesprächsrunden, zwei Museumsbesuche, zwei Stadtrundgänge und eine öffentliche Podiumsdiskussion umfasste.

Die Serie von Gesprächen begann am Samstag, 16. Februar zu Mittag mit *Moshe Zimmermann* und seiner Frau *Orli Soker*. Prof. Zimmermann ist Leiter des *Koebner-Minerva-Zentrums* für Deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem und spricht fließend deutsch. Seine Frau arbeitet am *Sapir Academic College*, einer Hochschule im Kreis Sha'ar Hanegev, an der etwa 7.000 StudentInnen immatrikuliert sind. Zu Beginn vergatterte uns Hermann Bünz, der damalige Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tel Aviv⁹, in diesen Beratungsgesprächen nicht über das Manifest zu sprechen, um aus der Podiumsdiskussion, die für den letzten Abend angesetzt war, nicht die Spannung zu nehmen. Das hätten wir vielleicht nicht akzeptieren sollen, wir wären dann besser gefasst gewesen auf das, was uns erwartete und hätten besser reagiert – einerseits. Andererseits waren wir auf diese Weise in der Tat aufnahmebereiter für all das Neue, das uns entgegentrat, und das war sicher eine weitere Absicht bei dieser Regelung.

Später bei der Podiumsdiskussion sagte Moshe Zimmermann einmal halb ernst, halb scherzhaft „Na ja, ich als Deutscher“. In der Tat hat er zusätzlich zur israelischen die deutsche Staatsbürgerschaft zurückerworben, die seinem Vater im Dritten Reich aberkannt worden war. Er kennt die deutschen Verhaltens- und Sichtweisen und die deutsche Geschichte so gut wie kaum ein anderer. Im Gespräch mit ihm hat mich seine ungeheure Gelassenheit angesichts einer ja oft hoffnungslos erscheinenden Lage beeindruckt – immer neue militärische Auseinandersetzungen an allen möglichen Fronten, die Situation des Eingeschlossenseins, usw.. Jetzt haben wir“, sagte er, „schon 60 Jahre so gelebt, ohne dass eine Lösung in Sicht ist, wir haben uns daran gewöhnt. Wir ertragen es einfach.“ Dabei lächelte er. Gleichzeitig merkte man in jedem Satz, wie sehr ihm, wie allen unseren Gesprächspartnern, daran gelegen ist, dass sich diese Situation doch endlich, endlich zum Besseren wenden möge.

Noch eine andere Aussage hat sich mir eingeprägt: „Die zweite Intifada war für viele Linke in Israel, die sich vorher sehr bemüht haben um einen palästinensisch-israelischen Ausgleich, die Entschuldigung sich ganz zurückzuziehen und zu sagen, 'na gut, jetzt haben sie gegen uns gekämpft, nun kämpfen wir auch gegen sie'“. Er hat wirklich das Wort Entschuldigung gebraucht im Sinne einer willkommenen Ausrede.

Auf diese Unterhaltung folgte ein Rundgang durch die Stadt mit Hermann Bünz, einem politisch sehr erfahrenen Mann. Bevor er nach Tel Aviv versetzt wurde, hat er längere

⁹ Inzwischen koordiniert er mit Sitz in Riga die Aktivitäten der Friedrich Ebert Stiftung in den drei baltischen Staaten.

Zeit für die Friedrich Ebert Stiftung in Brüssel gearbeitet, davor fünf Jahre in Polen, also durchaus auf Feldern, die nicht gerade einfach sind.¹⁰ Vor diesem Hintergrund hat mich folgender Satz von Hermann Bünz besonders beeindruckt: „Als ich nach Israel kam, dachte ich, ich weiß im Prinzip, wie hier der Hase läuft, ich weiß eigentlich alles; nach einer Woche habe ich festgestellt, ich weiß eigentlich gar nichts.“ Das empfand ich als eine gute Wegmarke für mich auf dieser Reise. Auch jetzt – das wird mir bei jedem neuen Buch über die Region, das ich in die Hand nehme, schmerzlich bewusst – weiß ich im Vergleich zu Kolleginnen und Kollegen, die sich seit Jahrzehnten vorzugsweise mit Israel, den Palästinensern und dem Nahost-Konflikt beschäftigen, noch immer viel zu wenig.

Bei dem Rundgang sah man an einer Stelle sehr schön die Skyline von Tel Aviv, mit dem Blick auf das Meer und auf die Stelle, an der die Einwanderer in den 1930er Jahren oft unter großer Not – die Landung ist nautisch gefährlich, und manchmal gab es einen unsanften Empfang – gelandet sind. Tel Aviv ist eine moderne, pulsierende Stadt. Inzwischen werden viele alte Häuser aus den ersten Jahren der jüdischen Besiedlung renoviert – es gab ein kleines „deutsches Viertel“ dort –, alles sehr liebevoll gemacht.

Am Abend dieses Tages kam es zum ersten Gespräch mit *Dov Ben Meir*, in einem Kreis von lauter jungen Leuten. Er war von uns allen der Älteste, weit mehr als doppelt so alt wie die jungen TeilnehmerInnen dieser Runde. 11 Personen saßen bei diesem Abendessen mit uns um einen großen Tisch. Dov Ben Meir hat mich beeindruckt dadurch, dass er eine große Freundlichkeit auch im mündlichen Umgang – das war schriftlich ja schon wahrnehmbar gewesen – verbinden kann mit sehr klarer Positionierung. Sein Motiv uns einzuladen, daraus machte er kein Hehl, war: „Das sind die Lehrer der Jugend in Deutschland, mit denen müssen wir reden, damit sie den jungen Deutschen nichts Falsches erzählen über Israel.“

Wir konnten gut miteinander. Ganz am Schluss, bei der Verabschiedung, hat er leicht den Arm um mich gelegt – ich war ganz gerührt – und gesagt: "Wir scheiden in Freund-

¹⁰ Von den gegenwärtigen, vergangenheitsbedingten Problemen und Debatten in der Ostseeregion habe ich durch die Arbeit an folgender Publikation einen Eindruck gewonnen, die unmittelbar vor unserer Israelreise abgeschlossen worden war: Jörg Zägel in Zusammenarbeit mit Reiner Steinweg: *Vergangenheitsdiskurse in der Ostseeregion*, Band 1: Auseinandersetzungen in den nordischen Staaten über Krieg, Völkermord, Diktatur, Besatzung und Vertreibung; Band 2: Die Sicht auf Krieg, Diktatur, Völkermord, Besatzung und Vertreibung in Russland, Polen und den baltischen Staaten (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft Bände Bd. 14 und 15), Berlin 2007: LiT-Verlag. Siehe auch die über das Literaturverzeichnis der beiden Bände weit hinausgehende online-Bibliographie: Reiner Steinweg/Jörg Zägel, *Zur Auseinandersetzung mit den Erfahrungen kollektiver Gewalt im 20. Jahrhundert und zur Erinnerungspolitik in den Staaten der Ostseeregion*, deutschsprachige und englische Titel: www.frieden.uni-kiel.de/bibliografie-vergangenheitsdiskurse (145 Seiten).

schaft, hoffentlich gibt es eine Gegenveranstaltung in Österreich oder Deutschland." Darum bemühe ich mich.

Dov Ben Meir, aus einer polnischen religiösen Familie stammend, ist ein Zionist der Arbeiterbewegung. Er war nicht nur Vizepräsident der Knesset, sondern zeitweise auch Vizebürgermeister der Stadt Tel Aviv, also jemand mit politischer Verantwortung und Erfahrung über viele Jahre. Er hat ein schönes Buch geschrieben, mit einem Vorwort von Johannes Rau, das er jedem von uns in der deutschen Version zum Abschied geschenkt hat: "Jugend in Erez Israel". Darin schildert er, der noch vor dem Zweiten Weltkrieg als kleiner Bub mit seiner Mutter und seinem Bruder eingewandert ist, sehr lebendig die Lebensumstände, die Wertvorstellungen und das Denken eines Teils der israelischen Jugend bis zum Vorabend des Unabhängigkeitskrieges im Jahre 1948.

Ich will hier nicht auf die einzelnen kontroversen Punkte zwischen ihm und uns eingehen. Die kann man in dem schon erwähnten Briefwechsel nachlesen. Was mich bei aller Annäherung etwas befremdet hat, war, wie er gelegentlich allgemein über „die“ Araber gesprochen hat. Das hatte etwas von kategorischer Abgrenzung, die ich so nicht von ihm erwartet hatte. Doch als ich ihn fragte: „Angenommen, es kommt zu einer Lösung im Nahost-Konflikt: Wie könnte dann die palästinensische Wirtschaft in Gang kommen, die jetzt so vollständig darnieder liegt, seit der zweiten Intifada zumindest?“ antwortete er: „Es gibt so viele Möglichkeiten. Die Palästinenser“ – da war er voller Hochachtung – „sind sehr gut ausgebildet, sie können sehr viel. Wenn sie“ – so wörtlich seine Formulierung – „positiv gestimmt wären, könnten wir ganz viel zusammen machen und würden sicher die Wirtschaft in relativ kurzer Zeit gemeinsam in Schwung bringen.“ Wie unter den gegenwärtigen Umständen (dazu unten) eine positive Einstellung zu Israel entstehen könnte, sagte er nicht.

Ich habe mich im Verlauf dieses Abends noch mit drei der jungen Leute ausführlich unterhalten. Beim ersten Gespräch stellte sich zu meiner Überraschung heraus, dass mein Gegenüber bei einem guten alten Kollegen von mir, dem Nahost-Experten Professor Friedemann Büttner; in Berlin studiert hatte. Die junge Frau berichtete mir u. a. über Ergebnisse einer von ihr durchgeführten Studie zum Demokratieverständnis der jungen Palästinenser. Besonders eingeprägt hat sich mir jedoch der folgende Satz. „Wissen Sie“, sagte sie, „ich war in Lateinamerika, ich habe dort erfahren, was Antisemitismus bedeutet, wenn man als Jüdin dort hinkommt. Wir brauchen einfach den Staat Israel als Zuflucht für Juden, wenn sie wieder verfolgt werden.“

Der zweite junge Gesprächspartner war Fachschaftsvertreter an der Universität von Tel Aviv und vertrat als solcher etwa 6.000 Studenten. In der Runde erzählte er, er habe mit

einem Stipendium der Johannes-Rau-Stiftung – der verstorbene vorletzte deutsche Bundespräsident hat eine kleine Stiftung gegründet, die sich dem Austausch mit Israel widmet – zusammen mit etwa 40 jungen Israelis, jüdischen und arabischen, eine Reise nach Deutschland unternommen. Ich habe ihn nachher gefragt: „Was hat Sie am meisten bewegt auf dieser Reise?“ „Zwei Dinge“, sagte er. Das erste sei gewesen, *live* zu erfahren, was der Holocaust für die 15-20-Jährigen Deutschen, mit denen er in Kontakt kam, 60 Jahre danach bedeutet und wie sie sich fühlen, wenn sie irgendwo in die Welt kommen: eine schwere Last. Das zweite war: „Ich habe zum ersten Mal in meinem Leben mit einem israelischen Araber gesprochen.“ Ich war verblüfft. Immerhin ein Fünftel der israelischen Bevölkerung in den Grenzen von 1967 sind Araber. Es handelt sich anscheinend um Parallelgesellschaften, die weitgehend nebeneinander her leben, trotz gleichen bürgerlichen Rechten (mit Ausnahme des zweifelhaften Privilegs, Militärdienst leisten zu dürfen) und Vertretung auch der Araber im Parlament – vielleicht infolge der in der Regel wohl deutlich schlechteren Infrastruktur in und um ihre Wohnbezirke, wie man mir sagte. Meinen Gesprächspartner hat diese Begegnung während seiner Deutschlandreise motiviert, sich intensiv für die israelischen Araber einzusetzen, die an seiner Universität studieren. Er engagiere sich nun dafür, dass sie besser zu Wort kommen, gehört und integriert werden. Welch schöne Wirkung einer solchen Studienreise!

Danach habe ich noch mit einer Deutschen gesprochen, *Katharina von Münster*, die im Rahmen der „Aktion Sühnezeichen“ junge Deutsche, manchmal auch ältere, organisatorisch begleitet und betreut, die nach Israel fahren, um betagte Holocaust-Überlebende dabei zu unterstützen, ihren Alltag zu bewältigen, mit ihnen Gespräche zu führen und ihnen zuzuhören. Ich hätte es mir ja denken können, aber ich habe es trotzdem so nicht erwartet: Viele dieser deutschsprachigen Juden, die in Israel leben, die so genannten *Jekkes*, haben ein starkes Bedürfnis, noch einmal an ihrem Lebensende deutsch sprechen zu können, über gegenwärtige deutsche Kultur etwas zu erfahren und über die allgemeinen Entwicklungen in Deutschland und Österreich.

Am Sonntag Morgen fuhr uns unser Fahrer *Peter Borsodi* nach Jerusalem, durch eine üppig grüne, von den Israelis erfolgreich aufgeforstete Landschaft. Bevor wir jedoch in die Stadt kamen, haben wir auf meinen ausdrücklichen, schon vor der Reise geäußerten Wunsch – vielleicht hätte das ohnehin stattgefunden, aber mir war es sehr wichtig, dass dafür auf jeden Fall Zeit eingeplant wurde – einen Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem gemacht.¹¹ Das Museum wurde vor drei Jahren grundlegend modernisiert.

¹¹ Henning Niederhoff, der in den 1990er Jahren die Niederlassung der Konrad Adenauer Stiftung in Ramallah geleitet hat, hatte mir während meiner Zeit als kommissarischer Leiter des Berghof Zentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung in Berlin 2001/2002 sehr eindrucksvoll von seinen

Georg Meggle und Gert Krell, die schon die ältere Gedenkstätte besucht hatten, fanden die Modernisierung, auch in der Auswahl, Darbietung und Kommentierung der Texte, Bilder und Exponate, sehr gelungen; sie habe das nationalistische Pathos (die Staatsgründung als Erlösung aus der traumatischen jüdischen Geschichte) deutlich zurückgenommen.

Ich hätte den ganzen Tag in Yad Vashem verbringen können, auch zwei oder drei Tage, die zwei Stunden waren viel zu kurz. Wir hatten jedoch eine sehr gute Museumsführerin, die uns in jedem Raum unter der Fülle des Dargestellten auf bestimmte Punkte aufmerksam gemacht hat – in deutscher Sprache. Sie war eine zum Judentum konvertierte deutsche Einwanderin, die keinerlei Probleme darin sah, auch kritische Punkte im Umgang etwa der Israelis miteinander anzusprechen, die auf den Museumstafeln nicht erwähnt wurden. Zum Beispiel war ein führender ungarischer Zionist, Rudolf Israel Kastner (1947 nach Israel eingewandert), der im Krieg durch Verhandlungen mit den Nazis einer Reihe von ungarischen Juden die Ausreise ermöglicht hatte, 1955 verurteilt worden, weil er angeblich ein Kollaborateur gewesen sei und nur seine eigenen Verwandten gerettet habe. Das Urteil wurde 1958 vom Obersten Gerichtshof aufgrund erneuter Prüfung der Faktenlage aufgehoben, aber erst posthum. Nach der Führung bedankte sich Jörg Becker bei unserer Führerin ganz in unserem Sinne ausdrücklich auch für diese „Nebentöne“. Da lächelte sie fein. Kurz vor Ende meiner Reise erfuhr ich zufällig, dass sie zu den Machsom Watch-Frauen gehört (dazu unten).

Am Schluss unseres Rundgangs betraten wir, diesmal jeder für sich allein, den Bau, der eigens für die in den KZs ermordeten oder an Krankheiten und Hunger gestorbenen Kinder errichtet wurde. Es ist dunkel, nur Kerzen brennen, man schaut wie in einen Sternenhimmel, und in die Stille ertönt eine Stimme, die die Namen der Kinder nennt, einen nach dem anderen, Hunderte, Tausende. – Es ist ein Unterschied, ob man die „Fakten“ kennt, die Opferzahlen, oder ob man sich diese ermordeten Kinder einzeln vorstellt (im Eingangsbereich werden einige von ihnen auf vergrößerten Fotos gezeigt). Es ging mir ähnlich wie 1961 in Auschwitz und Birkenau: Damals war ich während des Rundgangs durch das Gelände, die Baracken und Lager-Bauten zunächst wie versteinert. Vor den Vitrinen mit den Bergen abgeschnittener Frauenhaare lösten sich dann die Tränen.

Nachdem wir uns von unserer Führerin verabschiedet hatten, trafen wir nach kurzer Fahrt am Rand von Jerusalem ein. Es gab im Frühsommer 2008 einen Bericht im ORF

Erfahrungen mit dem Versuch erzählt, Begegnungen zwischen Israelis und Palästinensern in Yad Vashem zu organisieren. Diese Erfahrungen hat er auf meinen Vorschlag hin in einem Buch dargestellt, das zu meiner Freude kürzlich erschienen ist: Henning Niederhoff, *Dialog in Yad Vashem. Palästinenser, Israelis und Deutsche im Gespräch*, Mit einem Geleitwort von Noah Flug, Berlin 2009: Lit Verlag.

über das Hotel *American Colony*, ein klassisch ottomanisches Gebäude, früher Residenz eines Pascha, 3 km westlich des *Haram al-Sharif* – in jüdisch-christlicher Ausdrucksweise: des *Tempelbergs* – gelegen. Das Hotel war schon immer ein Treffpunkt für alle möglichen, auch hochrangigen Menschen aus gegensätzlichen Lagern. Von dieser Bedeutung und Geschichte wusste ich damals noch nichts. Wir haben uns im *American Colony* entsprechend dieser Tradition mit zwei Palästinensern zum Mittagessen getroffen, die von einem Mitarbeiter der Friedrich Ebert Stiftung in Ramallah begleitet wurden. Der eine der beiden war Direktor der „Palästinensischen Akademischen Gesellschaft für das Studium der Internationalen Beziehungen“, Dr. Mahdi Abdul Hadi; der andere sollte ursprünglich Prof. Sari Nusseibeh sein, den ich so gern kennengelernt hätte. Er war jedoch verhindert und wurde durch Dr. Nazim Al-Ju'Beh ersetzt, der an allen israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen vom ersten Moment an teilgenommen hatte – also seit Ende der 1980er Jahre.

Mahdi Abdul Hadi kam in den Raum – wir saßen schon am Tisch – und sagte ganz unvermittelt, noch vor der Begrüßung: „Who wrote it?“ Wer hat das geschrieben? Wir errieten, dass er unser Manifest meinte. Bei jedem Text, den 20 oder 30 Leute unterzeichnen, gibt es natürlich einige Hauptautoren. Zu denen gehörten Jörg Becker und ich. Wir haben uns brav gemeldet. Darauf schenkte er uns beiden je einen stattlichen Band „*100 Years of Palestinian History. A 20th Century Chronology*“, den seine Akademische Gesellschaft im Jahre 2001 auf Englisch herausgebracht hatte.

Herr Abdul Hadi war offensichtlich angetan von dem, was wir geschrieben hatten. Generell waren die Palästinenser eher zurückhaltend mit Reaktionen auf unser Manifest. Ich habe jedenfalls nur wenig gefunden, und das Wenige war eher distanziert und knapp. Bei einer Diskussion in München sagte mal ein Palästinenser, er finde die Online-Petition Schalom 5767 besser, die Rolf Verleger, ehemaliges Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, entworfen hat. (Sie erschien kurz nach unserem Manifest, also im November 2006; wir hatten keine Ahnung, dass sie in Vorbereitung war.)

Zunächst hat Herr Abdul Hadi uns geschildert, wie zu diesem Zeitpunkt die Stimmung in den verschiedenen palästinensischen Städten war – offensichtlich nicht in jeder Stadt gleich –, von völlig verzweifelt bis wütend, nach der nächsten Gelegenheit zum Aufstand suchend oder auch apathisch. Wir haben ihn gefragt: „Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie denn angesichts der Situation?“ Er antwortete: „Wir brauchen Schutz vor Israel, es müssen Truppen aus muslimischen Ländern in Palästina stationiert werden. Anders lässt sich dieser Konflikt nicht mehr lösen.“ Ich habe nachgefragt, ob er sich denn vorstellen könne, dass auch türkische Truppen in Palästina stationiert werden. Darauf sagte er: „Ja. Das wäre für uns kein Problem.“

Mahdi Abdul Hadi machte aus seiner Einschätzung derjenigen, die glauben, durch Selbstmordattentate die Situation der Palästinenser verbessern zu können, kein Hehl. „Ein Selbstmordattentäter sollte keine islamische Bestattung bekommen. Was er getan hat, widerspricht den Grundsätzen des Islam fundamental!“¹²

Im Vergleich mit Mahdi Abdul Hadi erschien uns Nazim Ju'beh wesentlich pessimistischer. Selten habe ich einen Menschen mit so viel Resignation sprechen hören: „Ich weiß keine Lösung mehr. Die Israelis wollen keine. Sollen sie uns doch ganz regieren, dann gibt es eine gewaltfreie Anti-Apartheid-Bewegung. Ich habe aufgegeben.“ Am Rande erwähnte er, dass die Trennmauer, das, was die Israelis den Zaun nennen, nicht wirklich dicht sei. Er beobachte immer wieder Menschen, die die Mauer in Richtung Israel überqueren. Es gebe etwa 150.000 illegale Palästinenser in Israel. Wenn das zutrifft, hat die Mauer nicht die Bedeutung, die ihr immer wieder zugeschrieben wird, nämlich der Grund für die drastische Abnahme der palästinensischen Selbstmordattentate in den letzten Jahren zu sein.¹³

Wir haben nach diesem Gespräch einen kleinen Rundgang vom Jaffa-Tor aus durch die Altstadt von Jerusalem gemacht, unter kundiger Führung von *René Kirchheimer*, der aus der Schweiz immigriert war. Herr Kirchheimer begleitete uns durch das arabische und das christliche Viertel. Bei der Klagemauer klärte er uns darüber auf, dass der Ausdruck *Klagemauer* gar nicht von den Juden, sondern von den Engländern stammt: Sie hätten die Juden vor dieser Mauer immer in einem bestimmten Ton singen und reden hören, der ihnen nach Klage klang. In Wirklichkeit sind es Freudengebete, die dort gesprochen werden. Die Klagemauer war zu dem Zeitpunkt, als wir dort waren, sehr belebt, und unser Führer sagte, oft müsse man Schlange stehen, um überhaupt zu ihr vordringen zu können.

¹² Später bekam ich in Bethlehem das Bändchen „Frieden im Islam“ geschenkt, das von Noah Salameh, dem Betreiber des *Center for Conflict Resolution and Reconciliation* (dazu unten), zusammen mit Khalil Saleh Khaneh herausgegeben wurde und gerade im Aphorisma Verlag Berlin erschienen war.

¹³ Das erste Selbstmordattentat in Israel-Palästina seit Beginn des Osloer Friedensprozesses, darüber wird wenig gesprochen, wurde nicht von einem Araber, sondern im Jahre 1994 von dem jüdischen Militärarzt Baruch Goldstein verübt. Er war dem Dienstrang nach Major der Reserve. Am 25. Februar 1994 ermordete Goldstein in Uniform mit einem Galil-Sturmgewehr in der Grabstätte von Abraham, Isaak und Jakob in Hebron während des Ramadan-Morgengebets 29 Palästinenser und verletzte mindestens 150. Unter den Opfern befanden sich zahlreiche Kinder. Jitzhak Rabin entschuldigte sich zwar für das Massaker bei den Palästinensern, ansonsten blieb es aber ohne Konsequenzen, und der Massenmörder kann von den Siedlern unangefochten bis heute als eine Art Heiliger verehrt werden: Auf der Memorial-Website [/www.baruchgoldstein.com/](http://www.baruchgoldstein.com/) heißt es zum Beispiel: „There is, was, and can only be one *Baruch Goldstein*, and heaven is, of course, all the richer for it.“ Verehrung von (Massen-)Mördern als Märtyrer oder Heilige gibt es also nicht nur auf der arabischen bzw. muslimischen Seite.

Später zeigte Herr Kirchheimer uns etwas eher Gespenstisches. Wir waren ganz erschrocken, als wir das sahen: Mitten in der Altstadt von Ost-Jerusalem, im arabischen Viertel, befindet sich eine jüdische Wohnung oben auf den Dächern, von Stacheldraht umzäunt, ein winziges Areal. Die jüdischen Kinder, die dort wohnen, können diesen kleinen umzäunten Raum auf dem Dach aus Sicherheitsgründen nicht verlassen. Sie sehen nach Auskunft unseres Führers die Stadt nur durch den Stacheldraht. Wir hatten alle den gleichen Eindruck: Es wirkt wie ein freiwillig errichtetes Ghetto.¹⁴ „Das dient dem Frieden nicht“, meinte Herr Kirchheimer.

Am Abend hatte ich Gelegenheit, Dov Ben Meir zu fragen, warum die das machen. „Das sind *lunatics*“ (*Verrückte, Wahnsinnige*), sagte er. Auf meine Frage, warum denn die israelische Regierung solche wahnsinnigen Aktionen gestattet, die als massive Provokation auf die Palästinenser wirken müssen, bekam ich jedoch keine klare Antwort.

Zurück in Tel Aviv hatten wir beim Abendessen ein interessantes Gespräch mit den Direktoren und MitarbeiterInnen des *Netanya Academic College*: Vizepräsident Prof. *Joseph Ginat*, Dr. *Reuven Pedatzur*, der Akademische Direktor, *Aviva Paltger*, zuständig für Internationale Beziehungen, und *Eli Friedman*, der für uns schon vor der Reise ein außerordentlich freundlicher organisatorischer Ansprechpartner gewesen war. Auch *Dov Ben-Meir* nahm an dieser Begegnung teil.

Reuven Pedatzur erzählte uns, das *S. Abraham Institute for Strategic Dialogue* würde gern eine arabisch-israelische Konferenz zur Initiative der arabischen Liga von 2001 durchführen, in der die Anerkennung Israels in den Grenzen von 1967 angeboten worden war. Derartiges habe es in Israel überhaupt noch nicht gegeben. Die Schwierigkeit bestehe darin, einen neutralen Ort für die Konferenz zu finden, an dem zu tagen für niemanden einen Prestigeverlust darstellen würde, und der auch bezahlbar sei. Wir schlugen vor, die Konferenz doch auf einem Schiff vor der israelischen Küste durchzuführen, z.B. auf dem japanischen „Peace Boat“. (Bisher scheint aus dem Projekt nichts geworden zu sein. Meine Erkundungen nach möglicher finanzieller Unterstützung etwa durch die norwegische Regierung für eine solche Schiffskonferenz blieben erfolglos.)

Ferner berichtete Herr Pedatzur, dass am *Netanya Academic College* eine empirische Untersuchung durchgeführt worden sei, wie viele von den jungen PalästinenserInnen denn wirklich an die ursprünglichen Wohnstätten im heutigen Israel (in den Grenzen bis 1967) dauerhaft zurückkehren würden, wenn sie könnten. Ergebnis: Nur ein verschwindend kleiner Teil der jungen Leute wolle das wirklich. Das überrascht, weil noch im Jahre

¹⁴ Aus den USA ist ein Fall bekannt, in dem ein ehemaliger KZ-Insasse sein Haus und Grundstück mit hohem Stacheldraht umgab und es nur selten verließ: aus psychoanalytischer Perspek-

2000 die palästinensische Forderung nach einem Rückkehrrecht für die Flüchtlinge einer der Hauptgründe für das Scheitern der Verhandlungen von Camp David gewesen sein soll. Vielleicht geht es eher um einen *symbolischen* Anspruch, um die Möglichkeit, die alte Heimat noch einmal *sehen* oder sie hin und wieder besuchen zu können, und um eine Anerkennung der Vertreibung, des Flüchtlingsschicksals und des damit verbundenen Verlusts der Heimat. Man müsste erkunden, wie in jeder guten Konfliktbearbeitung: Was sind, jenseits der festgefahrenen mehr oder weniger ideologischen Positionen, die wirklichen *Interessen*? Die Untersuchung des *Netanya Academic College* legt nahe, dass es derzeit nicht das Interesse der jüngeren palästinensischen Flüchtlinge ist, dort, mitten unter den Israelis, auch zu wohnen und die jetzt gewohnten Lebenszusammenhänge aufzugeben, so schlimm sie auch derzeit sind. (Wir kennen solche Diskrepanzen zwischen dem, was die Menschen wirklich anstreben und dem, was die Funktionäre verkünden, auch von Verbänden der aus dem ehemaligen deutschen Osten Geflohenen oder Vertriebenen – allerdings mit dem großen Unterschied, dass diese Flucht nach dem von der eigenen Nation begangenen Holocaust und der brutalen Unterjochung der osteuropäischen Völker und später der Taktik der „verbrannten Erde“ stattfand, was *moralische* Rückkehransprüche vollständig ausschließt.¹⁵) Bei aller Skepsis über die weitere Entwicklung stimmt mich diese Untersuchung aus Netanya etwas hoffnungsvoll.

Im Gegenzug berichtete ich Herrn Pedatzur von allgemeinen Einsichten der deutschen Friedensforschung und erläuterte ihm das von Dieter Senghaas entwickelte „zivilisatorische Hexagon“, das ja vielleicht auch bei der Beurteilung der Lage, der aktuellen Möglichkeiten und vor allem der Aufgaben und Perspektiven im Nahen Osten hilfreich sein kann.

Das nächste Gespräch fand anderntags bei einem ausführlichen Frühstück mit dem ehemaligen Botschafter in Deutschland, *Avi Primor*, statt. Dabei entfaltete er eine Position, die verblüffend derjenigen ähnelte, die wir schon am Vortag von Mahdi Abdul Hadi gehört hatten, nur jetzt aus israelischer Perspektive formuliert: Eine Lösung des Nahostproblems sei nur mit Hilfe einer Stationierung internationaler, auch muslimischer Truppen im Westjordanland und im Gazastreifen zu erreichen, und dies sei eine durchaus realistische Option.

tive eine unbewusste Reinszenierung seiner furchtbaren Erlebnisse.

¹⁵ Da der Krieg von 1948 von den arabischen Staaten begonnen wurde, die in der UNO überstimmt worden waren, und da auch aus arabischen Staaten 1948 viele Juden nach Israel vertrieben wurden, ist aus der vorherrschenden jüdischen Sicht ein moralischer Anspruch auf Rückkehr der arabischen Flüchtlinge und Vertriebenen ebenfalls verwirklicht. Allerdings stellt sich die Frage, ob die damals jugendlichen Palästinenser und ihre Nachkommen, um die es heute geht, für diese Handlungsweise der arabischen Staaten in Bausch und Bogen verantwortlich gemacht werden können.

Warum ist das nötig, warum könnte es so gehen? Avi Primor ist überzeugt, dass der überwiegende Teil der israelischen Gesellschaft nichts dringlicher und sehnlicher wünscht als Sicherheit, um damit endlich von der ständigen täglichen Bedrohung befreit zu sein. In der gegenwärtigen Situation sei es unmöglich, ohne militärischen Schutz einer Zwei-Staaten-Lösung zuzustimmen, weil man dann damit rechnen müsse, dass Israel nach dem Rückzug seiner Truppen aus den besetzten Gebieten u. U. auch von Ostjerusalem oder aus dem Westjordanland beschossen werde und nicht nur von Gaza aus. Natürlich sei Ostjerusalem für die Palästinenser ein unverzichtbarer Teil ihres Staates. Wenn aber von dieser Seite aus Raketen auf Israel niedergingen, würden sie erheblich mehr Schaden anrichten als die (bisherigen) Raketen aus Gaza. Auf ein solches Risiko könne Israel sich nicht einlassen.

Da besteht ein echtes *Sicherheitsdilemma*, wie man das in der Lehre von den Internationalen Beziehungen nennt: Frieden kann es im Nahen Osten nur geben, wenn ein lebensfähiger unabhängiger Staat Palästina entsteht; aber dem wird Israel (wenn überhaupt) nur zustimmen, wenn garantiert werden kann, dass es nicht mehr beschossen wird. Diese Garantie kann jedoch angesichts der zersplitterten palästinensischen Gesellschaft, deren radikale Teile – nicht nur die Hamas – nach wie vor auf Gewalt setzen, von keiner palästinensischen Regierung allein dauerhaft eingelöst werden. Aus diesem Sicherheitsdilemma kommen die Beteiligten offenbar nur mit Hilfe von Dritten heraus. Solange Israel selbst versucht, die äußere Bedrohung durch Besatzung, massive Kontrollen, Gegenangriffe und Zerstörungen zu beherrschen, kann der Kreislauf der Gewalt nicht gestoppt werden. Sowohl der Überlegung von Mahdi Abdul Hadi als auch der von Avi Primor scheint die Annahme zugrunde zu liegen, dass die palästinensische Bevölkerung internationale Friedenstruppen, die die israelische Besatzung ablösen, akzeptieren würde, wenn sie ihr kulturell und zumindest teilweise auch politisch nahe stehen. Ohne eine solche grundsätzliche Akzeptanz und Wertschätzung würden sie die ihnen zuge dachte Funktion kaum erfüllen können.

Wir haben Herrn Primor auch gefragt, wie der damalige Ministerpräsident Olmert einzuschätzen sei, der den Eindruck machte, als schwanke er wie ein Rohr im Wind, als setze er immerzu widersprüchliche Aktionen, heute so und morgen anders. Darauf berichtete er, Olmert habe noch vor Scharons Entscheidung, den Gazastreifen zu räumen – ein, zwei Jahre vorher – ein Interview für die israelische Presse gegeben, in dem er sagte, Israel bleibe gar nichts anderes übrig, als die Zwei-Staaten-Lösung zu akzeptieren; man könne ein Land von der Größe der Westjordanlandes und des Gazastreifens nicht *auf Dauer* besetzt halten. (Davon war auch Primor überzeugt.) Die Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung sei, ganz Palästina in den Staat Israel zu integrieren, mit allen bürgerli-

chen Rechten für die Palästinenser. Wenn es einen solchen Einheitsstaat gebe, werde das Land jedoch binnen kurzem eine palästinensische Mehrheit haben. Das könne man nicht zulassen, dann sei der jüdische Staat Israel als solcher Vergangenheit. Also bleibe nur die Lösung eines von Israel getrennten und unabhängigen palästinensischen Staates.

Entscheidend war Primor zufolge die Antwort, die Olmert den Journalisten auf die Frage gab, wie viel Prozent Araber Israel denn seiner Meinung nach vertragen könne, ohne den Charakter eines jüdischen Staates zu verlieren. Olmert habe gesagt: 20 Prozent. Das ist aber exakt der jetzige Zustand, und zwar *ohne* Ostjerusalem, also im israelischen Kernland in den Grenzen von 1967. Das heißt Avi Primor zufolge im Klartext: Olmert hat damals – vor der Räumung des Gazastreifens – der Lösung öffentlich seine Zustimmung gegeben, im Prinzip Ost-Jerusalem und den Großteil der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten an den zu gründenden palästinensischen Staat zu übergeben. Jeder Israeli habe gewusst, was das bedeutet, als Olmert sagte: „20 Prozent“. Er hätte ja auch sagen können 30 oder 40 Prozent, dann wäre Ostjerusalem Teil von Israel gewesen in seiner Vorstellung. Das hat er aber nicht getan, und trotzdem habe es keinen Aufschrei, keinen nennenswerten Protest gegeben.¹⁶ Als Sharon sich dann entschloss, erst einmal nur den Gazastreifen von Siedlern räumen zu lassen, habe jeder damit gerechnet, dass die übrigen besetzten Gebiete in Kürze folgen würden. Die Siedler hätten auch im Fall des Gazastreifens Widerstand angekündigt, sich aber letztlich doch gefügt, weil sie die israelische Mehrheit gegen sich wussten.

Nach diesem faszinierenden Gespräch besuchten wir das *Museum der jüdischen Diaspora* auf dem Campus der Universität von Tel Aviv. Es macht die Ausbreitung des Judentums in aller Welt, bzw. die Vertreibungen anschaulich, denen die Juden seit 2000 Jahren immer wieder ausgesetzt waren, sowie die jüdischen Gebräuche und Riten. Wieder hatten wir eine sehr nette Führerin, diesmal allerdings ohne „Nebentöne“.

Mittags waren wir zu Gast in der Friedrich-Ebert-Stiftung selbst, um mit drei VertreterInnen der israelischen Arbeiterbewegung zu sprechen: mit Ori Strassberg, einem jungen Gewerkschafter, mit Miri Freilich, Dozentin am *Beit Berl Academic College*, und

¹⁶ Laut einer Umfrage vom Juli 2009, also nach Obamas Rede in Kairo, sah die Situation etwa sechs Jahre nach diesem Interview deutlich weniger rosig aus: 41 % der Befragten unterstützten die Forderung, mit dem Siedlungsbau fortzufahren, "but not if it will result in a confrontation with the United States"; die Bereitschaft, einen palästinensischen Staat zu akzeptieren, war auf 53% gesunken. Wenn in der Frage nicht ausdrücklich von einem Palästinenserstaat die Rede war, akzeptierten 63 % eine nicht näher charakterisierte Zweistaatenlösung. 52% waren bereit, die zahllosen kleinen und isolierten Siedlungen zu räumen, aber nur (oder auch: immerhin!) 10% waren einverstanden, *alle* Siedlungen zurückzugeben. Quelle: Institute for National Security Studies,

mit Merri Muniskin, die bis 2002 im Auftrag der früher fast allmächtigen israelischen Gewerkschaft Histadrut Ausbildungsangebote für junge Palästinenser und israelisch-palästinensische Begegnungen organisiert hat, eine Arbeit, die sie inzwischen, nach dem finanziellen Niedergang der Histadrut, in eigener Verantwortung fortführt. (Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist als politische Stiftung der SPD der israelischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung besonders verbunden.) Merri Muniskin hatte ich bei einer Konferenz in Holland im Oktober 2001, also kurz nach 9/11, kennengelernt. Ich hatte ihr nach jener Konferenz eine namhafte Summe aus Deutschland zur damals gefährdeten Fortsetzung ihrer Begegnungs- und Versöhnungsarbeit besorgen können und war sehr erfreut, sie jetzt wiederzusehen.

Von allem, was bei diesem Vormittagsgespräch in der Residenz der Friedrich-Ebert-Stiftung gesagt wurde, ist mir der folgende Satz von ihr am tiefsten „unter die Haut gegangen“: „*Wir leben in ständiger Angst.*“ Das aus ihrem Mund zu hören, von einem Menschen, den ich schätzen gelernt habe, bedeutete für mich etwas anderes, als es aus Zeitungs- oder Fernsehberichten zu schließen. Sie erwähnte, dass die Israelis immer – den ganzen Tag – aus Angst das Radio laufen ließen, weil es für einen selbst oder die Angehörigen überlebenswichtig sein könnte, rechtzeitig von einem unvorhergesehenen, akut drohenden oder gerade stattgefundenen schrecklichen Ereignis zu erfahren.

Ich habe diese Angst auch an anderer Stelle bemerkt. Zum Beispiel wurde uns von einer Demonstration berichtet, die Einwohner von Sderot in diesen Tagen in Tel Aviv gegen den häufigen Raketenbeschuss ihrer Stadt vom Gaza-Streifen aus veranstaltet hatten, um die israelische Regierung zu wirksamen Gegenmaßnahmen zu drängen. (Dass solche Maßnahmen ein dreiviertel Jahr später in die Tragödie des sog. Gaza-Feldzugs münden würden, war damals noch nicht klar, aber *dass* etwas geschehen würde, war zu ahnen.) Hermann Bünz schilderte uns sehr anschaulich die Bedingungen, unter denen die Menschen in Sderot leben mussten, und die Anteilnahme der Israelis am Geschick ihrer Landsleute im Süden. Ihr Ärger und ihre Enttäuschung darüber, dass dies „der Dank“ der Palästinenser für die Räumung sei, waren offenkundig.

Die öffentliche Podiumsdiskussion im Netanya-College

Nun komme ich zu der *Konferenz* genannten öffentlichen Veranstaltung in Netanya, die eigentlich den Höhepunkt unseres Besuchs darstellen sollte. Sie fand Montag Abend unter dem Titel „*Friendship and Criticism – An Assessment of Germany-Israel Relations*“ statt, der sich an die Überschrift zu unserem Manifest anlehnte, die die Frankfurter

Rundschau ihm gegeben hatte. Netanya ist ein Küstenort, er liegt zwischen Tel Aviv und Haifa. Veranstalter war das schon erwähnte *S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue im Netanya Academic College* in Zusammenarbeit mit der *Friedrich Ebert Stiftung*.

In Deutschland und Österreich versteht man unter einer Konferenz eine Veranstaltung, bei der man sich eine oder zwei Tage lang trifft und miteinander anhand von Vorträgen und vorher formulierten Papieren diskutiert. Das war dort nicht so. Es handelte sich nach unserem Verständnis um eine Podiumsdiskussion mit ein paar Einleitungsstatements und einer Einlage deutscher und israelischer Jugendlicher, die von ihren Begegnungen berichteten. Nach einleitenden Worten der Veranstalter war es meine Aufgabe, für die Manifest-Autoren noch einmal unsere Standpunkte darzulegen bzw. das Manifest, das im Wortlaut auf Englisch auch in den Tagungsmappen lag, zusammenzufassen und wichtige Punkte zu erläutern. Das habe ich natürlich mit meinen drei Kollegen vorher abgestimmt (siehe Anhang). Nach mir ergriff Ben-Meir das Wort¹⁷, und dann folgte die eigentliche Podiumsdiskussion, an der weder er noch ich beteiligt waren.

Die Konferenz, zu der die Korrespondenten aller größeren Zeitungen eingeladen waren, war als dreisprachige angekündigt (englisch, deutsch, hebräisch), es standen Simultandolmetscher zur Verfügung. Wir hatten verabredet, dass wir Deutsche uns unserer Muttersprache bedienen sollten, weil es für die Dolmetscher einfacher ist, aus der Originalsprache zu übersetzen als unser nicht immer astreines Englisch. Als ich am Rednerpult stand, habe ich dennoch ganz automatisch angefangen, englisch zu sprechen und habe es erst gar nicht gemerkt. Nach ein paar Minuten wurde mir klar, *warum* ich lieber englisch reden wollte: Im Publikum saßen viele *Jekkes*, alte Menschen, die extra aus Tel Aviv mit einem Bus zu dieser Veranstaltung gekommen waren. Angesichts dieser älteren Damen und Herren, die dem Holocaust entkommen waren oder ihn überlebt hatten, hat mich eine solche Scham überfallen, aus dem Land der Täter zu stammen, dass ich erst kein deutsches Wort über die Lippen brachte. Ich habe mich dann aber gezwungen, meinen vorbereiteten Text auf Deutsch vorzutragen. Die Diskussion anschließend verlief auf Deutsch und Hebräisch.

Herr Bünz war ganz erstaunt, als ich ihm nachher von meinem „Sprachproblem“ berichtete. „Wieso“, sagte er, „das ist doch ganz normal, dass man hier auch deutsch spricht.“ Für mich war es in diesem Moment alles andere als normal.

An der anschließenden, von Herrn Bünz geleiteten Podiumsdiskussion nahmen von israelischer Seite Prof. *Moshe Zimmermann*, der frühere Botschafter in Deutschland

<http://www.inss.org.il/research.php?cat=45&incat=&read=2990> (Stand: 28.10.2009).

Schimon Stein, und *Amir Har-Gilö*, ein Dozent und Filmemacher an der Schule für Kommunikationsstudien des Netanya Academic College teil; von unserer Seite *Gert Krell* und *Georg Meggle* sowie als deutsches Gegengewicht zu uns die Korrespondentin der ZEIT in Israel, *Gisela Dachs*.

Die Diskussion war schwierig, zum Teil chaotisch – die z. T. starken Vorbehalte gegenüber unserem Text waren unüberhörbar. Gert Krell und Georg Meggle waren auf dem Podium ähnlich beklommen wie ich zuvor, hatten aber nicht den Vorteil eines vorbereiteten Manuskripts. Moshe Zimmermann, der uns ansonsten wohl gesonnen war und verteidigte, überraschte uns gleich zu Beginn mit der Aussage, wenn wir Deutschen unsere Befindlichkeiten (d.h. unsere Schuldgefühle wegen des Holocaust und wegen des Zweiten Weltkrieges) „pflegen“ wollten, dann gebe es dafür genügend Gelegenheiten in Ost- und Westeuropa; es gebe keinerlei Grund, auch noch die Palästinenser in den deutschen Schuld diskurs hineinzunehmen. Dabei würden nur Schuldgefühle für politische Zwecke manipuliert so wie auch der Antisemitismus-Vorwurf immer wieder in manipulativer Absicht benutzt werde.

Anfangs ging es um die Frage, was denn das Besondere an den deutsch-israelischen Beziehungen sei und wie es sich mit der Kritik verhalte. Schimon Stein hob hervor, er habe sich als Botschafter nie gegen Kritik verwahrt, wenn sie konstruktiv gewesen sei. Sowohl Herr Stein als auch Frau Dachs warfen uns vor, wir hätten uns in unserem Manifest nur auf das Verhalten Israels und der deutschen Bundesregierung, nicht aber auf das der Palästinenser kritisch bezogen. Botschafter Stein fügte hinzu, wenn die Deutschen – wie auch wir in unserem Text – betonten, die Existenz Israels stehe nicht zur Disposition, so fühle er sich dabei immer sehr unwohl. Diese Selbstverständlichkeit werde doch niemals gegenüber Frankreich oder irgendeinem anderen Staat der westlichen Welt hervorgehoben. Jemand aus dem Publikum meinte nachher, unser Text stehe in der ungunstigen Tradition jenes Manifests deutscher Gelehrter, die 1914 Stimmung für den Ersten Weltkrieg gemacht haben – das letzte, womit wir uns identifizieren würden.

Die Unterstellung, es gehe uns in der Debatte im Grunde nur um unsere eigenen, spezifisch deutschen Befindlichkeiten, sind wir den ganzen Abend nicht wieder losgeworden. Gisela Dachs hieb in die gleiche Kerbe und vertiefte sie mit dem Vorwurf, wir hätten uns nicht zu einem Thema äußern dürfen, von dem wir nichts verstünden. Unter Anspielung auf die von mir in meinem Eröffnungsstatement angekündigte, von Gert Krell als notwendig herausgearbeitete Revision unserer These von der aufgrund des Holocaust auch

¹⁷ Beide Statements werden auch in Band II der in Fußnote 1 genannten Dokumentation nachzulesen zu sein.

auf die Palästinenser zu erweiternden deutschen Verantwortung fragte sie ironisch, was denn unsere nächsten Korrekturen und Zurücknahmen sein würden.

Ich hatte unten in der ersten Zuhörerreihe zeitweise den Eindruck, dass die Teilnehmer auf dem Podium überhaupt keine Sprache miteinander fanden. Schimon Stein sprach in langen, erregten Monologen von der Gefahr eines neuen Antisemitismus. Gert Krell ging darauf explizit ein und versuchte, uns zu verteidigen, worauf der Botschafter erwiderte, er habe den Antisemitismusvorwurf doch gar nicht erhoben. Gert Krell kam dann auf den an Zensur grenzenden Druck zu sprechen, dem die deutsche Diskussion über den Nahost-Konflikt gelegentlich ausgesetzt sei. (Ich war darauf bereits in meinem Eröffnungsstatement mit dem Satz eingegangen: „Allerdings haben wir auch erfahren müssen, dass unsere Beiträge in offiziellen oder offiziösen Organen teilweise einer Art Zensur unterworfen wurden, wenn sie eine Kritik am Handeln der israelischen Regierung andeuten.“) Er wurde natürlich sofort – auch aus dem Publikum – gedrängt, Ross und Reiter zu nennen. Das wollte er aber mit Rücksicht auf seine Gesprächspartner in den betroffenen deutschen Institutionen, denen er Vertraulichkeit zugesichert hatte, nicht tun. Schimon Stein signalisierte, dass er schon wisse, wer gemeint war. Ich wies auf die Zensurerfahrungen hin, von denen Margret Johannsen bei unserer Berliner Tagung „Besondere Beziehungen?“ berichtet hatte.¹⁸

Moshe Zimmermann meinte dazu, politische Einflussnahme durch Botschaften sei doch ganz normal, er sei selbst schon Zensurversuchen ausgesetzt gewesen. Dagegen wisse man sich als Wissenschaftler zu wehren, man solle dem nicht allzuviel Gewicht beimessen. (Wie ich von Gert Krell weiß, bedauert er im Nachhinein sehr, dass die Diskussion überhaupt auf dieses Thema kam. Im Verhältnis zu den Problemen des Nahen Ostens seien das Marginalien.)

Aus der anschließenden Publikumsdiskussion sind mir vier Beiträge besonders in Erinnerung: Eine ZuhörerIn wies darauf hin, dass die fünfte Alija (d.h. die jüdische Einwanderung in Palästina zwischen 1932 und 1939) sich zum größeren Teil nicht, wie wir im Manifest irrtümlich gemeint haben, aus deutschen, sondern aus osteuropäischen Juden zusammensetzte. (Gert Krell hatte in seinem Papier, das er zu der Konferenz mitgebracht hatte, ebenfalls darauf hingewiesen.¹⁹) Ein anderer Israeli fragte, ob wir für das Foto, das

¹⁸ Siehe Fußn. 4.

¹⁹ Es handelte sich um eine Zusammenfassung von: Gert Krell, *The Burden of History: On the Relationship between the Holocaust and the Middle-East Conflict*, third draft, February 14, 2008. Dieses Papier hat Gert Krell später in einem Aufsatz in der deutschen „Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik“ (2:1, 2009, S. 84-106) und erweitert in einem Report der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung unter dem Titel „Schatten der Vergangenheit: Nazi-Deutschland, Holocaust und der Nahost-Konflikt“ publiziert (ebenfalls 2009 erschienen). Der Report wiederum

in der Frankfurter Rundschau unserem Manifest beigegeben war (eine Aufnahme aus dem Libanonkrieg) – er hielt die Zeitungsseite hoch – verantwortlich seien, was ich verneinen konnte. Es erinnere ihn an den „Stürmer“. Ein dritter erklärte, dass eine Beteiligung deutscher Kräfte an einer möglichen Truppenstationierung in Palästina eine Katastrophe wäre und auf jeden Fall verhindert werden müsse, weil man ja nicht ausschließen könne, dass die dann u.U. irgendwann (wieder) auf Juden schießen müssten. Jörn Böhme, der Vertreter der Heinrich Böll-Stiftung in Israel, kritisierte unter anderem, dass wir den Text des Manifests nicht vor der Veröffentlichung breiter zirkuliert und diskutiert hätten. Dann wäre es uns erspart geblieben, uns mit dem Argument, in Deutschland sei es schwierig, sich offen kritisch zu Israel zu äußern, auf eine fragwürdige und verdächtige Ebene zu begeben.

In der Schlussrunde konstatierte Botschafter Stein, das Existenzrecht Israels werde in letzter Zeit nach seiner Beobachtung zwar nicht von den deutschen Eliten, aber von Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt. Gisela Dachs forderte dazu auf, konkreter zu diskutieren, welche Alternativen es denn überhaupt für die israelische Politik angesichts realer und konkreter Bedrohungen gebe. Ob wir denn meinten, Israel solle vielleicht zum Talionsgesetz zurückkehren, das heißt in seinen Reaktionen nur Auge mit Auge und Zahn mit Zahn vergelten²⁰, nicht weniger, aber auch nicht mehr? (Entgegen einem verbreiteten Missverständnis soll das Prinzip des lex talionis gerade nicht eskalieren, sondern Gewalt einhegen.) Gert Krell meinte selbstkritisch und mit der Intention, die Wogen etwas zu glätten, wir hätten viel gelernt und würden unsere Positionen weiterentwickeln.

Nach der Podiumsdiskussion sagte eine andere deutsche Korrespondentin in Israel, die ich von der Tagung „Besondere Beziehungen?“ her kannte, Inge Günther von der Frankfurter Rundschau, zu mir: „Sie (d.h. wir vier) waren viel zu defensiv!“ Das stimmte wohl. Gert Krell und ich empfinden beide eine ähnlich starke Belastung infolge der Beteiligung unserer Väter am NS-System. Im Land der NS-Opfer dann als Deutscher freimütig und souverän wie im Seminar über Fehler oder gar Vergehen dieses Landes öffentlich zu sprechen, erfordert viel Erfahrung und wechselseitiges Vertrauen. Georg Meggle ging es

war Grundlage seines Vortrags „Schatten der Vergangenheit: Nazi-Zeit, Holocaust und Nahost-Konflikt“ in Linz/Donau am 25. 11. 2009 sowie anschließend in Innsbruck und München.

²⁰ Diese Auslegung der Bibelstelle 2. Mosis 21, 22-25 ist ein klassisches und besonders fatales antijüdisches Vorurteil. In Wirklichkeit geht es dort gar nicht um Rache und Vergeltung, sondern um ein Schadensersatz-Prinzip. Vgl. dazu das sehr lesenwerte und aufschlussreiche, mit vielen Vorurteilen aufräumende Buch von Theodor Much, Zwischen Mythos und Realität. Judentum wie es wirklich ist. Eine Analyse, Wien-Klosterneuburg 2008: Edition Va bene, S. 36, 106 und 108. Vgl. auch Brigitte Gensch, „Auge für Auge“, nicht „Auge um Auge“. Exegetische und systematische Annotate zur Rechtssatzung des Schadensersatzes, http://www.suesske.de/gensch_auge-fuer-auge.htm (Stand: 20. 1. 2010).

ähnlich. Er versuchte, das Dilemma auf dem Podium zu thematisieren, wurde aber nach seiner eigenen Einschätzung und meiner Beobachtung in der Form, wie er es tat – die Form der *Frage*, die sich im philosophischen Seminar bewährt hat und anbietet – vom Publikum nicht verstanden. Er „kam nicht an“.

Nach der Veranstaltung habe ich kurz mit Schimon Stein reden können. Er sagte: „Wie kommen Sie dazu, was Sie da zitiert haben in Ihrem Manifest, was alles im Libanonkrieg geschehen sein soll? Das ist alles falsch!“ Ich habe geantwortet: „Aber Herr Stein, das sind doch nur Hauptüberschriften aus der internationalen Presse!“ „Alles falsch“, wiederholte er, „sich in Bezug auf den Libanonkrieg an der Presse zu orientieren, ist völlig falsch.“ Ich habe entgegnet: „Bitte überzeugen Sie mich. Ich bin der Erste, der sich korrigiert, wenn Sie mir Material schicken, aus dem klar hervorgeht, dass wir einer Ente oder gar mehreren Enten aufgesessen sind.“ Ich habe dieses Material nie bekommen.

Was mir Eindruck gemacht hat in diesem Nachgespräch mit Schimon Stein war sein Satz: „Ich habe große Angst um die Beziehung zwischen Deutschland und Israel, um die nachwachsende Generation in Deutschland, ich habe große Angst, was daraus wird.“ Diese Angst konnte ich spüren. Sie erklärt einiges von seinem Verhalten in Deutschland und während unserer Diskussion.

Bei den Nachgesprächen, die mir ebenso wichtig waren wie die Veranstaltung selbst, wandte sich eine israelische Journalistin an mich. Sie war voller Empörung über das, was von den israelischen Vertretern auf dem Podium gesagt worden war. Ich fragte, ob sie etwas darüber schreiben werde. Nein, sagte sie, sie halte den auf solche Artikel folgenden Druck nicht mehr aus. Sie schreibe nur noch über Schrebergärten. „Ich möchte nicht in Israel sein, wenn das über uns kommt, was wir den Palästinensern antun“, fügte sie, fast atemlos, wörtlich hinzu.

Nachher haben wir zu fünft noch fast zwei Stunden im Foyer unseres Hotels in Tel Aviv mit einem jungen Redakteur von Haaretz diskutiert, ein sehr spannendes Gespräch. Er wollte viel wissen über die politischen Verhältnisse in Deutschland und Österreich und hat am nächsten Tag angemessen und sachlich über die Veranstaltung in Netanya berichtet. Der von ihm angekündigte längere Artikel über das Gespräch mit uns ist jedoch wohl nicht erschienen.

Was dagegen sonst in der israelischen Presse über die Veranstaltung in Netanya teilweise zu lesen war, hat uns schockiert. So titelte die Jerusalem Post am 18. Februar 2008: „German Professors: Nazis helped establish Israel“. Außerdem hieß es in dem Artikel, wir hätten gesagt, mit den Wiedergutmachungszahlungen habe Deutschland ein für allemal seine Schuld gegenüber den Juden getilgt. Das war völlig aus der Luft gegriffen;

keiner von uns käme jemals auf eine solch absurde Idee. Gert Krell war so erschüttert über dieses und andere grobe Missverständnisse, dass er einen Leserbrief nicht nur an die Jerusalem Post, sondern auch an jüdische Zeitungen in Deutschland schickte. Die „Jüdische Zeitung“ brachte im März 2008 einen kritischen, aber sehr fairen längeren Artikel über die ganze Manifest-Debatte.²¹

Private Fortsetzung der Reise:

Besuche in Ost-Jerusalem, Ramallah und Bethlehem

Im zweiten, „privaten“ Teil meiner Reise hatte ich das Glück, bei einem Mitarbeiter von Pax Christi, *Jochen Stoll*, in West-Jerusalem Stadtteil Abu-Tor wohnen zu dürfen, nur wenige Busstationen vom Damaskustor zur Altstadt. Die „grüne“ Linie geht nur zwei Straßen hinter seiner Wohnung entlang. Er hatte gerade angefangen, ein Projekt von Pax Christi zum interreligiösen Dialog zwischen christlichen, muslimischen und jüdischen Geistlichen auf den Weg zu bringen. Er ging mit mir in die Grabeskirche mit ihren auf die einzelnen christlichen Konfessionen aufgeteilten und eifersüchtig gehüteten Partien, um die gelegentlich sogar gewalttätig gestritten wurde, und zeigte mir ausführlicher als bei unserem ersten Rundgang die alte Stadt.

Wir besuchten zusammen das Willy Brandt-Zentrum. Zum damaligen Zeitpunkt versuchte es, vor allem mit Ausstellungen und begleitenden Veranstaltungen etwas zur kulturellen Identität der Palästinenser beizutragen. Dialoge, wie sie der erste Leiter dieses Zentrums noch ermöglichen konnte, seien jedoch derzeit kaum realisierbar. Der Begriff Friede sei in Palästina infolge des israelischen Verhaltens nach Oslo völlig diskreditiert. Bei den Ausstellungen des Willy Brandt-Zentrums kommt es immer wieder einmal zu irritierenden Vorgängen. Einzelne Bilder, die etwa das Entsetzen palästinensischer Kinder über ihre Erlebnisse mit der Besatzungsmacht zeigen, mussten z.B. aus der einer Ausstellung entfernt werden.

An einem Nachmittag führte mein Gastgeber mich zu einem Zelt in Ost-Jerusalem, das palästinensische Aktivisten, darunter ein in Deutschland ausgebildeter Sozialarbeiter, *Jawad Siyam*, auf einem bedrohten Grundstück errichtet hatten, um dort eine ständige Mahnwache zu halten. Unter dem Grundstück suchen jüdische Archäologen, wie überall in diesem Tal, im Auftrag der rechtsgerichteten Siedlerorganisation Elad nach (ausschließlich) jüdischen Funden und Belegen jüdischer Präsenz in der Frühgeschichte, vor allem nach dem Palast König Davids. Die Palästinenser fürchteten, dass ihnen dieses Grundstück genommen oder/und dass es durch Unterhöhlung unbenutzbar gemacht

²¹ Artikel und Leserbrief werden in Band II der eingangs genannten Dokumentation wiedergege-

werden könnte und versuchten, es mit gewaltfreiem Widerstand zu halten. Der junge Sozialarbeiter war gerade festgenommen worden.

An den Wochenenden wohnte in der von meinem Gastgeber gemieteten Wohnung auch eine Kinderpsychologin, *Monika Breuer-Umlauf*, die früher in London kunsttherapeutisch mit jungen Erwachsenen gearbeitet hatte und diese Arbeit jetzt im Auftrag des „Weltfriedensdienstes“ unter äußerst schwierigen Bedingungen im „Haus der Gewaltfreiheit“ in Hebron fortführte. Ich war – vor dem Hintergrund meiner Arbeit mit Angela Kühner zur Frage kollektiver Traumata²² – sehr interessiert an ihren Erfahrungen: In kunsttherapeutischen Gruppen konnten 18-24 jährige Palästinenser Gefühle und schmerzhaftes Erinnerungen kreativ ausdrücken. Das betraf sowohl individuelles als auch kollektives Leid, also z.B. den Verlust von Freunden und Familienangehörigen; Erfahrungen mit bewaffneten Auseinandersetzungen (Gewalt durch die Angehörigen der israelischen Besatzungsarmee/IDF und Siedler ebenso wie inner-palästinensische Gewalt); die Trennung von Familienmitgliedern, die sich noch in Jordanien, anderswo im Ausland oder in israelischen Gefängnissen befinden; sowie allgemein den Alltag unter israelischer Militärbesatzung. Dieser Alltag wird insbesondere von den jungen Leuten als „Gefängnis“ erlebt, weil sie nicht reisen können, weder nach Jerusalem (etwa zum Beten am Haram al-Sharif) noch ans Meer. Sie erleben die Welt nur über Internet und Fernsehen und sehen sich gefangen in ihrer Position als Opfer der Besatzungsmacht, aber auch einer sehr traditionellen Gesellschaft: arrangierte Hochzeiten sind in Hebron normal, junge Erwachsene können keine Beziehung vor der Ehe führen, noch nicht einmal Händchen halten.

Monika Breuer erzählte auch, dass als Folge des nicht funktionierenden Polizei- und Rechtssystems vielfach Selbstjustiz geübt werde. Die vom 'Haus der Gewaltfreiheit' ausgebildeten 'Konfliktpiloten' hätten beispielsweise eine Kampagne gegen bewaffnete Gewalt zwischen palästinensischen Familien in Hebron, in den umliegenden Dörfern und den Flüchtlingslagern gestartet.

An einem Abend kamen weitere deutsche MitarbeiterInnen verschiedener NGOs zu Besuch. So erfuhr ich einiges von der Arbeit dieser Nicht-Regierungsorganisationen und von den Widrigkeiten, unter denen sie stattfindet. An einem anderen Tag fand ein geselliger Abend von deutschsprachigen kirchlichen MitarbeiterInnen unterschiedlicher Einrichtungen in Ost-Jerusalem statt. Ich saß neben einer älteren Dame aus Österreich. Sie war empört über die Diskrepanz zwischen dem, was sie vor Ort erlebt und dem, was in

ben.

²² Siehe mein Vorwort zu Angela Kühner, *Kollektive Traumata: Annahmen, Argumente, Konzepte* (Reihe *Psyche und Gesellschaft*, hrsg. von Johann August Schüle und Hans-Jürgen Wirth), Gießen: Psychosozialverlag 2007.

den österreichischen Medien darüber berichtet wird. So habe sie z.B. vor Weihnachten Anrufe aus Österreich bekommen, was denn los sei, warum man denn am Heiligen Abend nicht nach Bethlehem fahren dürfe. Das sei aber nicht der Fall gewesen. Ein andermal hätten sich Freunde aus Österreich telefonisch besorgt gezeigt wegen einer gewalttätigen Konfrontation zwischen Palästinensern und Israelis am Haram al-Sharif. Es sei dort aber alles ganz ruhig gewesen.

Sie erzählte ferner von ihrer Begegnung mit einem palästinensischen Landbesitzer in der Gegend von Bethlehem, der zusammen mit seinem Bruder hartnäckig darauf besteht, seinen an eine israelische Siedlung angrenzenden Besitz nicht an die Siedler abzugeben, die ihn sehr bedrängen, und mit welchen unerhörten Widrigkeiten er zu kämpfen hat, *Daouds Weinberg*. (2009 erfuhr ich, dass er Immer noch vor Gericht um sein Land kämpft. Auch nach jahrzehntelangem, kostspieligem juristischem Kampf konnte sich das Gericht nicht dazu durchringen, definitiv anzuerkennen, dass die Familie der rechtmäßige Besitzer ist, obwohl er nachweisen kann, dass dieses Land seit ottomani-scher Zeit im Besitz seiner Familie war und stets bebaut wurde. Immer wieder sind seine landwirtschaftlichen Gebäude vom Abriss bedroht. Angeblich bedrohen ihn und seine Familie sowie die freiwilligen Helfer sogar die Soldaten der Israel Defense Force / IDF. Die Zufahrtsstraße wird zugeschüttet, fließend Wasser und Elektrizität wird der Familie und den Feldern verweigert. Er hat in Linz studiert. Sein Motto ist: „*We refuse to be enemies.*“)

Auf Vorschlag von Merri Minuskin besuchte ich einen ihrer palästinensischen Kooperationspartner in Ramallah, den deutsch sprechenden *Nedal R. Jayousi*. Mein Gastgeber holte mich vor der deutschen Vertretung in Ramallah ab, wohin ich von einer deutschen NGO-Mitarbeiterin in einem Pkw mitgenommen worden war. Er zeigte mir vom Auto aus die Stadt. Auf den umliegenden Hügeln sah man die Betonburgen der israelischen „Siedler“.²³ Mit den Worten „Sie umzingeln uns“ brachte mein Gastgeber sein Lebensgefühl auf den Punkt.

²³ Der Film „Die eiserne Mauer“ von Mohamed Alatar (eine in der Schweiz mit deutscher Unterstützung hergestellte deutschsprachige Version des palästinensischen Dokumentarfilms „The Iron Wall“) zeigt u. a. mit erschreckender Deutlichkeit, wie sich diese irreführend als „Siedlungen“ bezeichneten Gebäudekomplexe und die sie schützende Mauer immer tiefer in das palästinensische Gebiet hineinfressen. Der Film mit einem sachlichen, nicht hetzerischen Kommentar und zahlreichen Interviews mit Palästinensern und Aktivisten der israelischen Friedensbewegung sowie ehemaligen israelischen Soldaten, die freimütig ihre „Tätigkeiten“ während ihres Militärdienstes schildern, kann
in *Österreich* über Pax Christi Oberösterreich sekretariat@paxchristi.de bzw. petra.gstoettnerhofer@dioezese-linz.at,
in *Deutschland* über Gernot Steinweg / gernot.steinweg@gmx.de,
in der *Schweiz* über Kurt Keller dieeisernemauer@kommunikate.ch

Von Ramallah hatte ich einen eher zwiespältigen Eindruck: Auf der einen Seite, im Regierungsviertel, eine mich befremdende Prachtentfaltung, große Paläste, vor allem internationaler Firmen, auf der anderen Seite große Armut, also das Bild, das sich in vielen Ländern der Dritten Welt bietet. Darauf, diesen krassen Gegensatz auch hier anzutreffen, war ich nicht gefasst. Man sieht, wo das Geld hinfließt, das aus Europa kommt. Ob es wirklich dem Land, seinen BewohnerInnen zugute kommt, scheint mir nach diesem Besuch eher zweifelhaft.²⁴ Eine Dozentin an der Birzeit-Universität, die ich am letzten Tag traf, erzählte mir, dass manche dieser Fatah-Leute für einen Restaurantbesuch so viel ausgeben wie eine durchschnittliche palästinensische Familie in einem ganzen Monat für Essen aufwenden kann. In dieser Hinsicht unterschieden sich nach ihrer Beobachtung die Hamas-Funktionäre von ihren Fatah-Kollegen. Sie lebten bescheiden wie die Durchschnittspalästinenser und seien dadurch in den Augen der Bevölkerung glaubwürdiger – ein Grund für ihren überraschenden Wahlsieg im Jahre 2006.

Nedal R. Jayousi betreibt, gut gelegen im Regierungsviertel, eine „Palestinian NGO for Professional Solutions“. Sie verfolgt jedoch, anders als der Name nahe legt, keine technischen Ziele. Herr Jayousi hat in Deutschland über Friedenserziehung promoviert und führt zur Hauptsache Projekte in diesem Feld durch (u.a. eine gemeinsam mit Merri Minuskin mit muslimischen und jüdischen Jugendlichen durchgeführte Reise nach Polen). Solche Projekte und Aufträge kann er aber nach eigener Einschätzung nur akquirieren, wenn er in unmittelbarer Nähe und in entsprechend repräsentativen Räumen sozusagen auf der Basis täglicher Tuchfühlung mit der Autonomiebehörde und den großen Geldgebern agiert.

Aber er scheint den Kontakt mit der palästinensischen Bevölkerung nicht verloren zu haben. Unterwegs führte er mich in ein kleines, einfaches Steh-Restaurant, eine Art Pizzabäckerei, und ermöglichte mir ein kurzes Gespräch mit einem der Bäcker, der mehrere Jahre in einem israelischen Gefängnis verbringen musste, weil sein *Bruder* Widerstand gegen die Besatzung geleistet hatte. „So geht es hier jedem Dritten“, kommentierte mein Gastgeber die eher scheu und verhalten und daher umso glaubwürdiger vorgetragene Erzählung.

Am nächsten Tag fuhr ich mit einem arabischen Kleinbus nach Bethlehem. Eine deutsche Mitarbeiterin des *Center for Conflict Resolution and Reconciliation*, CCRR, *Carola*

bestellt werden. Der Reinerlös kommt den palästinensischen Produzenten des Films zugute. Von der website www.onlinefilm.org/-/film/29117 kann ein zweiminütiger Trailer heruntergeladen werden.

²⁴ Nachträglich erst erfuhr ich von Anne Le More's seinerzeit Aufsehen erregendem Artikel „Killing with Kindness“, der sich vorwiegend auf die EU-Hilfe für Palästina bezog (International Affairs,

Becker, holte mich freundlicherweise am Checkpoint ab – eine Menschenschleuse, ähnlich denen, die ich von meinen vielen Besuchen zu DDR-Zeiten im Bertolt Brecht-Archiv in Ostberlin kannte, genauso scheußlich und bedrohlich. Als Europäer hatte ich keine Schwierigkeiten, sie zu passieren. Das von dem leider gerade abwesenden *Noah Salameh* gegründete und geleitete CCRR²⁵ stellt rein äußerlich einen scharfen Kontrast zur „Palestinian NGO for Professional Solutions“ dar. Es ist sehr beengt in einem eher dunklen Kellergeschoss untergebracht. Meine Gesprächspartnerin, die in Tel Aviv studiert hat, schilderte mir ausführlich die Tätigkeiten von CCRR, unter anderem Gruppenarbeit mit palästinensischen Frauen, Jugendlichen oder auch gemischten Gruppen z.B. zum Umgang mit internen Konflikten und Spannungen, also etwas, was meinen Tätigkeiten in Österreich und Deutschland ähnelt und was ich daher etwas beurteilen kann. Das CCRR versucht, die soziale Kompetenz und die Konfliktsensibilität der Palästinenser zu stärken. Die TeilnehmerInnen kommen freiwillig, werden aber nicht für ihre Mitarbeit bezahlt – in Europa eine Selbstverständlichkeit, die man gar nicht erwähnen würde. Ich komme unten noch darauf zurück.

Nebenbei erfuhr ich bei meinem Besuch im CCRR einiges über die Lebensumstände der Bewohner in Bethlehem. Das Ärgste: So etwa jede dritte Nacht komme ein Trupp israelischer Soldaten, und zwar immer zu fortgeschrittener Nachtzeit, zwischen zwei und drei Uhr, und veranstalte eine große Ballerei, so dass alle Stadtbewohner aufwachen. Irgendwo werde dann eine Tür eingetreten, und wenn die dort wohnhaften Personen – vorgeblich gefährliche Terroristen – nicht auf der Stelle herauskämen, werde sofort hineingeschossen, ohne zu prüfen, ob nicht vielleicht eine kranke oder alte Person gar nicht so schnell in der Tür erscheinen kann. Die IDF habe sicher die Möglichkeit, einen Großteil der Verdächtigen auf einmal, in einer einzigen großen Razzia, zu verhaften. Das tue sie deshalb nicht, weil sie ein Instrument in der Hand haben wolle, mit dem sie die Palästinenser, nicht zuletzt die vielen Kinder und Jugendlichen, durch ständig erneuerte Einschüchterung und Erzeugung von Angst unter Kontrolle halten könne.

Die Lebensmittel der Bevölkerung von Bethlehem kommen fast vollständig aus Israel, da die in Palästina selbst angebauten Lebensmittel infolge der vielen Straßensperren gar nicht dorthin gelangen können, wo sie gebraucht werden. Palästinensische Lastwägen müssen oft stundenlang an den Sperrungen warten, so dass Lebensmittel in der Hitze verderben würden. Die in Israel produzierten Lebensmittel würden aber in Palästina entsprechend den sehr viel niedrigeren Grundeinkommen zu einem günstigeren Preis an-

Vol. 81 Issue 5, 981-999). 2008 erschien bei Routledge, Chapman & Hall ihr Buch: *International Assistance to the Palestinians After OSLO: Political Guilt, Wasted Money*.

²⁵ Mehr darüber unter <http://www.mideastweb.org/ccrr/> (Stand 26.11.2009)

geboten als in Israel und für die Siedler. Trotzdem scheint es sich nicht um Almosen zu handeln. Israel brauche diese Absatzgebiete für die eigenen Produkte. Auch der Strom werde von Israel geliefert, in diesem Fall allerdings – wie das Wasser – zu einem höheren Preis als in Israel, was dazu führt, dass viele Familien ihn sich nicht leisten können. Lange sei es daher üblich gewesen, die Stromleitungen illegal anzuzapfen oder die Stromrechnungen einfach nicht zu bezahlen. Inzwischen sei die Besatzungsmacht dazu übergegangen, Sanktionen zu verhängen, wenn der Strom nicht bezahlt wird (bezahlt werden kann); z.B. würden Lizenzen etwa für Taxiunternehmen entzogen.

Nach den Gesprächen im CCRR fuhr Carola Becker mich auf meine Bitte durch eines der Flüchtlingslager in Bethlehem. Vielleicht war dieses Lager nicht das schlimmste. Unbewusst wohl an den brasilianischen *favelas* (slums) orientiert, die ich 1989 während meiner Gastdozentur in Sao Paulo gesehen hatte, schien mir das Elend von außen gesehen nicht so gewaltig, wie ich es mir vorgestellt hatte. Doch ich erfuhr, es sei keine Seltenheit, dass große Familien mit sechs Kindern sich in diesem Lager mit einem Raum von wenigen Quadratmetern begnügen müssen. Junge Paare bauen ohne Genehmigung und mit primitiven Mitteln über den schon bestehenden Wohneinheiten, so macht das Lager einen sehr verschachtelten und engen Eindruck. Die Schulen werden von der UNRWA (United Nations Relief and Work Agency) betrieben und sehen für europäische Verhältnisse ziemlich abstoßend aus. Kaum vorstellbar, dass unter diesen Umständen ein lebendiger und lustvoller Unterricht stattfinden kann.

Zu Mittag ging ich in das Gemeinde- und Ausbildungszentrum der ev.-lutherischen Kirche, das von Pfarrer *Mitri Raheb* geleitet wird, den ich leider ebenfalls nicht antraf. (Ein halbes Jahr später erhielt er zusammen mit Machsom Watch und Andreas Buro den Aachener Friedenspreis.²⁶ Dort hatte ich dann Gelegenheit, mit ihm zu sprechen; sein ungebrochener Optimismus, sein Realitätssinn und sein zähes Festhalten an konstruktiver Arbeit hat mich sehr beeindruckt.) Die israelische Armee hatte während der zweiten Intifada aus nächster Nähe eine Bombe in einen Raum des Zentrums geworfen. Es wurde mit finnischer Unterstützung in ansprechender moderner Architektur wieder aufgebaut. Hauptanliegen des Zentrums ist es, Möglichkeiten zur kulturellen Entfaltung anzubieten und auf diese Weise das Selbstbewusstsein der Palästinenser zu stärken. Es gibt Werkstätten für Kunsthandwerk, eine Art Fachhochschulausbildung und neuerdings auch ein Kino, das erste in ganz Bethlehem. Nebenbei erzählte mir die palästinensische Mitarbei-

²⁶ Siehe dazu Otmar Steinbicker, Der Aachener Friedenspreis. Eine Stadt wird Mitglied einer Bürgerinitiative, in: reiner Steinweg/ Alexandra Tschesche (Hg.) in Zusammenarbeit mit Saskia Thorbecke: Kommunale Friedensarbeit. Begründung, Formen, Beispiele (IKW-Reihe Kommunale Forschung Band 118), Linz 2009, 185-191, hier S. 186.

terin, die mich durch das Zentrum führte, sichtlich betroffen, dass die israelischen Behörden ihr die Papiere für einen Besuch in Europa verweigern, ohne dass sie wisse, warum.

Anschließend bin ich zu Fuß über den Markt zur Geburtskirche gegangen. Es waren nur sehr wenige Käufer zu sehen. Die Händler klagten, die Israelis lenkten angeblich die Besucherströme zur Geburtskirche so, dass sie die vielfältigen Angebote auf dem Markt (außer Obst und Gemüse vor allem Tücher, Schnitzereien mit Bezug zur Geburtskirche etc.) gar nicht zu Gesicht bekämen. (Möglicherweise ist das eher auf die Initiative der einzelnen Reiseleiter zurückzuführen, die Zeit sparen wollen, als auf intentionales Handeln der Besatzungsmacht.) Kontakt mit den BewohnerInnen der Stadt wird von den vielen mehr oder weniger andächtigen Reisegruppen, von denen ich dann einige in der Geburtskirche erlebte, anscheinend nur ausnahmsweise gesucht, obwohl die BewohnerInnen von Bethlehem zu einem nicht geringen Teil Christen sind.

Am nächsten Vormittag habe ich mich mit einer israelischen Anwältin getroffen, die sich als „Action Advocacy Officer“ bei "Machsom Watch" engagiert, *Angela Godfrey-Goldstein*. „Machsom Watch“ ist eine Organisation von etwa 400 israelischen Frauen, die versucht, Öffentlichkeit für die Vorgänge an den Kontrollpunkten herzustellen, mit den Soldaten zu sprechen und dadurch mildernd auf die Kontrollen und die damit vielfach verbundenen Schikanen einzuwirken.²⁷ Ich berichtete ihr auf ihren Wunsch von den Gesprächen, die die Friedrich Ebert Stiftung uns ermöglicht hatte. Sie ließ mich aber kaum einen Satz zu Ende formulieren, weil alles, was ich anführte, sie so stark erregte, dass sie sofort widersprechen musste. Besonders in Erinnerung ist mir, was sie über das Flüchtlingsproblem sagte: Ehud Barak habe in Camp David mit voller Absicht Forderungen an die Palästinenser gestellt, die diese beim besten Willen nicht erfüllen konnten, und er sei von seinen Begleitern ausdrücklich warnend darauf hingewiesen worden. Er habe am Ende sogar gezielt auf das Scheitern der Verhandlungen hingearbeitet. (Solche Hinweise findet man auch in der Literatur über die Verhandlungen.²⁸) – Die Erlebnisse an den Kontrollpunkten müssen sehr deprimierend sein.

Frau Godfrey-Goldstein erzählte mir ferner, es habe einen Beschluss des Obersten Israelischen Gerichtshofs gegeben, ein bestimmtes „illegal“²⁹ besetztes Haus in Hebron – nachträglich habe ich erfahren, dass es sich um das „Haus des Friedens“ gehandelt hat

²⁷ Ähnliches versucht die ökumenische Organisation EAPPI, *The Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel*, mit jeweils für drei Monate in Israel und Palästina tätigen und dafür eigens ausgebildeten Freiwilligen aus aller Welt, <http://www.eappi.org/> (Stand: 2. 11. 2009)

²⁸ Vgl. etwa Clayton E. Swisher, *The Truth About Camp David: The Untold Story About the Collapse of the Middle East Peace Process*, New York 2004.

²⁹ Der Begriff ist aus europäischer Sicht ziemlich irreführend, denn nach geltendem Völkerrecht sind *alle* zivilen Siedlungen einer Besatzungsmacht auf besetztem Territorium illegal.

– sei an die Palästinenser zurückzugeben. Ein Trupp israelischer Soldaten sei kurz vor unserer Reise nach Hebron geschickt worden, um die Rückgabe des Hauses zu veranlassen. Es seien Knesset-Abgeordnete dagebewesen, um diesem Akt auch die entsprechende politische Autorität zu geben. Die Siedler hätten gleichwohl mit Steinen auf die eigenen Soldaten und Abgeordneten geworfen.³⁰ Die Soldaten hatten den Befehl, nicht auf sie zu schießen, was auf der einen Seite verständlich ist, auf der anderen jedoch bedeutet, dass der Rechtsstaat in den besetzten Gebieten nicht durchgesetzt wird, und das führt zu einer Aushöhlung der Demokratie. In Europa hätte man mit dieser Mission ja auch nicht das Militär betraut, sondern die für solche Aufgaben ausgebildete und ausgerüstete Polizei. Aber die israelischen Polizeikräfte in den besetzten Gebieten, genauer in den Zonen B und C, sind zahlenmäßig viel zu schwach, was (ganz abgesehen von ihrer Parteilichkeit³¹ unvermeidlich Zustände der Rechtlosigkeit hervorbringt. Die Soldaten seien unverrichteter Dinge wieder abgezogen, sagte meine Gesprächspartnerin. (Kaum zurück in Österreich konnte ich in der Presse lesen, dass die Mitglieder des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag am selben Ort auf die gleiche Weise behandelt wurden, und die IDF erklärte, ihre Sicherheit – vor den rabiaten Siedlern, nicht etwa vor palästinensischen Extremisten – nicht gewährleisten zu können.)

Am letzten Abend hatte ich ein Gespräch mit Dr. *Helga Baumgarten*, einer Dozentin an der Birzeit-Universität bei Ramallah. Sie lebt dort, verheiratet mit einem bekannten palästinensischen Musiker, seit gut 20 Jahren. In Übereinstimmung mit der israelischen Haaretz-Kolumnistin *Amira Hass*³² meinte sie, es würde den Palästinensern möglicherweise ohne die Aktivitäten der internationalen NGOs in den besetzten Gebieten besser gehen. Da sie gegenüber ihren ausländischen Geldgebern immer Erfolge vorweisen müssten (Besucherzahlen bei Seminaren usw.), seien einige von ihnen z.B. dazu übergegangen, die Menschen für die Teilnahme an Kursen und Seminaren zu *bezahlen*. Das verderbe natürlich die guten Sitten, weil manche Palästinenser sich daraufhin kaum noch um der Sache willen – also aus politischem oder sozialem Interesse und Engagement – an Dialogprozessen, Begegnungsseminaren usw. beteiligen, sondern um damit ihre materielle

³⁰ Von Monika Breuer-Umlauf erfuhr ich nachträglich, dass die Siedler auch Brände in einem Haus und einer Moschee gelegt, muslimische Gräber zerstört und gedroht haben, auf jeden Akt der Israel Defense Force gegen die Siedler mit einem Racheakt an Palästinensern zu antworten.

³¹ Vgl. dazu die ausführliche „Dokumentation zur Menschenrechtsslage“, die Gert Krell im Nachgang zu seinem oben (s. Fußn. 19) erwähnten Linzer Vortrag erstellt hat. Sie wird u. a. in Band II der in Fußn. 2 erwähnten Dokumentation zugänglich gemacht werden.

³² Amira Hass zog 1991 nach Gaza und lebt seitdem in den besetzten Gebieten, um über die Lebensverhältnisse und Ereignisse genauer berichten zu können. 2009 wurde sie mit dem „Lifetime Achievement Award“ der *International Women's Media Foundation* ausgezeichnet.

Lebenssituation zu verbessern.³³ Die Gesellschaft habe sich nach Einschätzung ihres Mannes in dieser Hinsicht in den letzten 25 Jahren erschreckend verändert. Hinzu komme, dass manche NGOs ihre palästinensischen MitarbeiterInnen nach europäischen Maßstäben, also weit über dem Niveau entlohnen würden, das in Palästina sonst möglich ist. Dadurch würden gesellschaftlich notwendige Funktionen manchmal nicht mehr erfüllt werden, weil es lohnender sei, als Putzfrau oder Fahrer für eine NGO zu arbeiten statt als Arzt in einem Krankenhaus oder als Dozent einer Bildungseinrichtung. Die von der US-Amerikanerin Mary Anderson angestoßene Debatte über die Nebenwirkungen gut gemeinter ziviler Interventionen in Ländern der Dritten Welt („Do no harm“) hat offenbar bei in Palästina tätigen Nichtregierungs-Organisationen noch nicht durchgehend Wiederhall gefunden.

Ein anderer Gesprächsgegenstand war die Situation der Intellektuellen und insbesondere der Studierenden in Gaza, die auch dann, wenn internationale Stipendien oder ein Studienplatz in Ramallah für sie zur Verfügung gestellt werden und westliche Stellen sich intensiv für sie verwenden, in der Regel nicht ausreisen dürfen. Der dadurch erzeugte Kompetenz-Verlust dürfte für die Lebenssituation der Bevölkerung auf die Dauer genauso schwerwiegend sein wie die unmittelbaren ökonomischen Folgen der seit 2007 anhaltenden ökonomischen Blockade.

Nebenbei erzählte Frau Baumgarten, wie schwierig es für sie war, in Jerusalem eine Wohnung zu finden. An einen Palästinenser wollen die meisten israelischen Hausbesitzer lieber nicht vermieten.

Ich hatte vorgehabt, den letzten Tag mit Merri Minuskin in der Nähe von Tel Aviv zu verbringen. Auf dem Jerusalemer Busbahnhof für die Überlandstrecken fand ich mich in einer riesigen, fast erdrückenden Menschenmenge wieder: Ein herrenloser Koffer war gefunden worden, der Besitzer wurde gesucht, kein Bus wurde abgefertigt. Nach einiger Zeit fuhr ich zurück zu meinem Gastgeber, der mich freundlicherweise wieder aufnahm. So hatte ich am nächsten Vormittag Zeit, noch einmal durch die Altstadt zu bummeln, wunderte mich, dass die Präsenz der vielen militärischen Streifen mit locker im Anschlag gehaltenen MPs mich nicht aufregte, geriet im armenischen Viertel in einen Gottesdienst mit einem geradezu mittelalterlich wirkenden Ritus und wanderte lange auf der von Suleiman dem Prächtigen errichteten Stadtmauer entlang, in die 1898 für Kaiser Wilhelm II. (bei seinem Besuch anlässlich der Einweihung der Erlöserkirche) trauriger Weise eine bis heute bestehende Bresche gebrochen worden ist. Ich war fast allein an diesem

³³ Vgl. dazu auch das vorzügliche Buch von Alexandra Senfft, *Fremder Feind, so nah. Begegnungen mit Palästinensern und Israelis*, edition Körber-Stiftung 2009, hier S. 47.

schönen Morgen auf der Mauer und genoss die wundervollen Ausblicke auf die Stadt mit ihrer Jahrtausende alten, bewegten Geschichte.

Anhang

Reiner Steinweg

Vorstellung des „Manifest der 25 – Freundschaft und Kritik“

vorgetragen bei der Eröffnung der Konferenz „Friendship and Criticism – An Assessment of Germany-Israel Relations“ der *Friedrich Ebert Stiftung* Tel Aviv und des *S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue*, im Netanya Academic College am 18. 2. 2008

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
es ist eine große Ehre für uns, hier in Israel unsere Überlegungen, die wir vor anderthalb Jahren in Deutschland veröffentlicht haben, mit Ihnen diskutieren zu können. Ich möchte in meiner Vorstellung unseres „Manifest der 25“ auf folgende Punkte eingehen: die Hauptaussagen des Textes, seine Adressaten, den Anlass, ihn zu schreiben, und die Ziele, die wir damit verfolgt haben. Anschließend werde ich auf einige Stellen eingehen, die besonderen ‚Anstoß erregt haben und enden möchte ich mit einer selbstkritischen Anmerkung.

1. Hauptbereiche

Das Manifest versucht, vier Hauptaussagen zu begründen:

a) Die Beziehung der beiden Länder ist inzwischen reif und gefestigt genug, um auch (gegenseitige) Kritik an aktuellen politischen Entscheidungen auszuhalten, ohne dass die Beziehungen darunter leiden. Für internationale Beziehungen gilt im übertragenen Sinne das Gleiche wie für individuelle Freundschaften: ihre Qualität erweist sich dann, wenn man dem Freund an ausgesprochenen Weggabelungen auch ins Gewissen reden, ihn auf Fehlwahrnehmungen, Blindstellen, nicht bedachte Konsequenzen seines Handelns aufmerksam machen kann, ohne die Freundschaft damit zu gefährden. Wirklich gute Freundschaften halten das aus, nur gute Beziehungen halten das aus, verlangen das. In diesem und nur in diesem Sinne plädiert das Manifest dafür, nicht mehr von besonderen Beziehungen zu sprechen.

b) Gleichzeitig sucht das Manifest ohne jeden Abstrich deutlich zu machen, dass es für Deutsche noch auf Generationen hinaus aufgrund der Shoah eine besondere Verpflichtung und Verantwortung für die ungeschränkte Glaubens- und Betätigungsfreiheit von

Juden in Deutschland und für die Existenz des Staates Israel geben wird. Gerade deshalb ist Punkt a) wichtig: Schweigend zuzusehen, wie Israel sich selbst langfristig die Existenzgrundlage untergräbt, wäre eine grobe Vernachlässigung, wenn nicht gar Verletzung der Freundespflicht.

c) Daraus, dass die Shoah – so haben wir damals argumentiert, mein Kollege Gert Krell wird diese dritte Hauptthese heute modifizieren – der Hauptgrund dafür war, dass die Staatswerdung Israels (also über friedliche, einvernehmliche Landnahme durch Kauf und hervorragende Bewirtschaftung hinaus) möglich und dass sie international anerkannt wurde, ergibt sich auch eine über das normale mitmenschliche Maß hinausgehende deutsche Verantwortung für das Wohl und die Zukunft der Palästinenser.

d) Das Manifest betont abschließend, dass die Wahrnehmung dieser Verpflichtungen, d.h. ein starkes deutsches Engagement für Frieden im Nahen Osten, spätestens seit 9/11 im unmittelbaren Interesse deutscher Außenpolitik liegen muss, weil eine wenn auch bei weitem nicht die einzige Energiequelle für den internationalen Terrorismus in den politischen und Lebensverhältnissen der Palästinenser und in der nun schon 40 Jahre währenden Besatzung der „Gebiete“ liegt. Der internationale Terrorismus bedroht nicht nur die USA, sondern auch Deutschland und Europa, wie wir gesehen haben.

2. Die Adressaten des Manifests

Der Haupt- Adressat des Manifests war und ist die deutsche Außenpolitik, mithin die deutsche Bundesregierung. Aber da Außenpolitik auf längere Sicht zugleich Innenpolitik ist bzw. auf innenpolitische Faktoren reagiert, wendet sich das Manifest zugleich an die deutsche Öffentlichkeit. Man könnte sagen: Es wendet sich an die deutsche Außenpolitik auf dem Umweg über die deutsche Öffentlichkeit.

Da aber Beziehungsgeschehen und vor allem Veränderungen in Beziehungen immer auch von den Reaktionen der anderen Seite abhängig sind, ist selbstverständlich auch die israelische Öffentlichkeit Adressat dieser Erklärung. Wir haben versucht, den Text in Haaretz zu veröffentlichen, das ist uns leider nicht gelungen. Umso mehr freuen wir uns, dass es jetzt zu dieser kleinen Konferenz gekommen ist.

Uns war sehr, sehr wichtig, eine Sprache zu finden, die das nahe liegende Missverständnis vermeidet, wir wollten dafür plädieren, aufgrund des israelischen Verhaltens im Libanonkrieg Israel die Freundschaft zu kündigen.

Ob uns das gelungen ist, ist eine andere Frage. Wir – außer Gert Krell und mir noch die beiden Manifest-Koautoren Prof. Jörg Becker und Prof. Georg Meggle – sind hier u.a.

hier um eventuell noch vorhandene Zweifel an unseren Absichten und Motiven auszuräumen.

3. Anlässe

Der unmittelbare Anlass für die Formulierung des Manifests war der *Libanonkrieg*, genauer die aus unserer Sicht sehr zurückhaltende Reaktion bzw. Nichtreaktion des offiziellen Deutschland, der deutschen Außenpolitik, die wir *wahrgenommen* haben, auf diesen Krieg. Wir wissen natürlich nicht, was hinter den Kulissen gelaufen ist. Wir hätten uns von unserer Regierung ein deutliches STOP-Signal an die israelische Regierung gewünscht. Uns ging es wie vielen unserer Landsleute: Wir waren einfach entsetzt erstens über das Ausmaß der von der israelischen Armee angerichteten Zerstörungen (einschließlich des UNO-Stützpunktes in Cheim), zweitens über die für uns Friedensforscher sofort erkennbare politische Fehlkalkulation hinter dieser Militäraktion. Wenn das Ziel war, die Hizbollah so zu schwächen, dass sie zu weiteren Raketenangriffen – die das Manifest mit gleicher Schärfe verurteilt – strukturell nicht mehr in der Lage wäre, dann konnte dieses Ziel nur verfehlt und die Lage Israels auf mittelfristige Sicht verschlechtert werden.

Der Libanonkrieg war aber nur ein Grund für unsere Besorgnisse. Schon lange haben wir mit zunehmender Beunruhigung die israelische Politik im Westjordanland und im bzw. gegenüber dem Gazastreifen zur Kenntnis genommen. Der Anlass für den letzten Libanonkrieg ist ohne die – zweifellos beidseitige, aber eben auch von Israel aus erfolgte Unterlaufung des Osloer Abkommens – gar nicht zu denken. Ich komme darauf am Schluss zurück.

4. Ziele des Manifests

Wie explizit formuliert, wollten wir mit der Veröffentlichung dieses von vornherein als Zeitungsartikel, nicht als wissenschaftlicher Aufsatz geplanten Textes eine breite *öffentliche Debatte* anstoßen darüber, was denn eine sinnvolle Haltung deutscher Politik im Nahen Osten sein könnte. Es ging uns um eine Thematisierung der Grundsätze, von denen deutsche Nahost-Politik sich leiten lassen sollte. Dabei lag der Akzent auf Diskussion und nicht etwa auf der Annahme, wir, die Autoren, wüssten das alles besser. Wer den Dialog sucht, muss zur Revision der eigenen Positionen im Verlaufe des Dialogs von vornherein bereit sein, oder die erklärte Absicht ist geheuchelt.

Das Fernziel war und ist eine friedliche Nahostregion, in der es *allen* Bewohnerinnen und Bewohnern gut geht, in der sie gleiche *Lebenschancen* haben und in der die unvermeidlichen Konflikte mit *zivilen* Mitteln, ohne Gewalt ausgetragen und bearbeitet werden.

5. Stellen im Text, die besonderen Anstoß erregt haben

a) „*Kritikverbot*“: Der Text unterstellt, dass es in Deutschland ein unausgesprochenes Verbot gibt, Israel zu kritisieren, ein Kritikverbot, das sich aus der deutschen Schuld, aus der Shoah herleitet. Ein Friedensforscher-Kollege, Markus Weingardt, der sich speziell mit der Geschichte der deutschen Nahost-Politik befasst hat, hat zurecht darauf hingewiesen, dass ein solches Verbot nie existiert hat und dass es in den 70er und 80er Jahren durchaus Kritik von verschiedenen deutschen Politikern an Israels Politik gegenüber den Palästinensern gegeben hat bzw. eine Respektierung der Rechte der Palästinenser eingefordert wurde. Der Kollege Weingarten übersieht aber, dass es uns nicht um die Geschichte, sondern um die Gegenwart der deutschen Außenpolitik, sagen wir etwa seit dem Oslo-Abkommen geht.

Dass wir mit unserer Wahrnehmung nicht alleine dastehen, haben uns die überraschend zahlreichen, zustimmenden Reaktionen auf unsere Veröffentlichung gezeigt, Zustimmung von Personen wohlgemerkt, die nicht im Verdacht stehen in irgendeiner Form antisemitisch eingestellt zu sein. Die Zustimmungen, die uns schriftlich erreicht haben, können Sie in der 270 Seiten starken Dokumentation auf <http://www.crisis-prevention.info/> nachlesen. Ich habe einige Ausdrücke davon mitgebracht – leider nur in deutscher Sprache.

Nicht gemeint haben wir mit der Rede vom unausgesprochenen Kritikverbot die deutschen Medien. Israelische Politik wird und wurde in deutschen Medien genauso offen kritisiert wie in der israelischen. Es ging uns darum, was man als deutscher Politiker zu dürfen meint. Allerdings haben wir auch erfahren müssen, dass unsere Beiträge in offiziellen oder offiziellen Organen teilweise einer Art Zensur unterworfen wurden, wenn sie eine Kritik am Handeln der israelischen Regierung andeuteten.

b) *Deutsche jüdische Intellektuelle als Kronzeugen*: Wir haben gegen Ende des Textes einige Namen aus der Vielzahl der jüdischen deutschen Intellektuellen seit dem 19. Jahrhundert herausgegriffen, vom Anfang, von der Mitte und vom Ende des Alphabets und uns auf sie berufen für die Aussage: „Nur Gleichheit und Respekt vor Recht und Völkerrecht können ein friedliches Zusammenleben gewährleisten und sind die einzigen Garantien für eine dauerhafte Existenz des Staates Israel und des zukünftigen Staates Palästi-

na in Sicherheit – und für die Sicherheit von Juden und Jüdinnen bei uns und in aller Welt.“

Natürlich können wir nicht beweisen, dass die genannten Personen, wären sie noch am Leben, diesen Satz unterschreiben würden. Aber wir können es uns nach allem, was wir von ihnen gelesen haben, nicht anders vorstellen. Wir hätten uns auch auf die vielen Juden von heute in aller Welt berufen können, die diese Sichtweise in immer neuen Anläufen und mahnenden Aufrufen zum Ausdruck bringen. Uns war es aber gerade um diejenigen zu tun, die seinerzeit aus Deutschland vertrieben wurden und wir wollten deutlich machen: Wir können uns die deutsche Kultur ohne sie nicht vorstellen. Nie hat Deutschland einen größeren kulturellen Aderlass erlitten als durch die Vertreibung und Ermordung der Juden.

c) Einige haben Anstoß an der Formulierung genommen: „Als Deutsche, Österreicher und Europäer haben wir nicht nur Mitverantwortung für die Existenz Israels, *nachdem die Geschichte nun einmal diesen Gang genommen hat...*“. Das klinge, als ob wir die Gründung des Staates Israel bedauern würden. Was wir bedauern, mehr noch, worüber wir trauern, ist der Verlust an jüdischer Intellektualität bei uns. Wir hätten uns gewünscht, den europäischen Antijudaismus und seit dem 19. Jh. Antisemitismus, der in immer neuen Wellen zur Abwanderung der europäischen Juden geführt hat, hätte es nicht gegeben und die Juden wären seit altersher als ebenbürtige Mitbürger geachtet worden. Dann wäre der Zionismus Herzl'scher Prägung nicht entstanden. Aber das ist leider, leider kontrafaktisches Wunschdenken. Der Hauptsatz des Manifests in diesem Zusammenhang ist, dass jetzt, nach allem was geschehen ist, die Existenz des Staates Israel „ohne jeden Abstrich“ gesichert werden muss.

Allerdings ist zu fragen, welches Israel, Israel in welchen Grenzen, und mit welchen Mitteln. Ich nehme an, dass die meisten von uns der Forderung von Egbert Jahn, der heute eigentlich auch hier sein wollte, zustimmen würden, die EU solle Israel und zugleich den Staat Palästina in den Grenzen vor 1967 anerkennen – was den Austausch einzelner Gebiete nicht ausschließen muss. Nur so können unseres Erachtens friedliche Verhältnisse im Nahen Osten einkehren.

Die beiden folgenden Punkte d) und e) habe ich aus Zeitgründen weglassen müssen:

[d] Anstoß hat auch die Formulierung in unserem Text erregt, es gebe in Deutschland – neben dem noch immer verbreiteten Antisemitismus, auch einen „problematischen Philosemitismus“. Gemeint war eine Haltung, die alles, was von Juden gesagt und getan wird, deshalb für gut hält, weil es von Juden gesagt und getan wird.

Wir haben hinzugefügt, dies sei „problematisch deshalb, weil die bloße Umkehrung eines starren, gegen die Realität abgeschotteten Feindbildes letztlich nur dasselbe mit umgekehrten Vorzeichen ergibt und ebenfalls gegen die Realität und jedes differenzierte Urteil immunisiert.“ Kann ein vernünftiger, auf Dialog setzender Mensch etwas gegen diese Formulierung haben? Jedenfalls wollten wir damit keineswegs jede pro-israelische (im Sinne von israelischer Regierungspolitik) und schon gar nicht jede positiv auf die jüdischen Mitbürger zugehende Stimme als im genannten Sinne „problematisch philosemitisch“ charakterisieren.

e) Missverstanden wurde die Bemerkung: „Ohne den Holocaust an den Juden würde die israelische Politik sich nicht *berechtigt oder/und gezwungen* sehen, sich so hartnäckig über die Menschenrechte der Palästinenser und der Bewohner Libanons hinwegzusetzen, um seine Existenz zu sichern.“ Der Satz wurde gelesen, als ob wir die israelischen Maßnahmen etwa im Gazastreifen mit Hinweis auf die Shoah entschuldigen wollten. Uns ging es um das Begreifen der Vorgänge, um Verstehen. Empathie ist per definitionem nicht automatisch mit Billigung gleichzusetzen. Ohne Empathie nach beiden Seiten aber bewegt sich in „hartnäckigen, langjährigen“ Konflikten gar nichts. Dies ist eines der Kernergebnisse der Friedensforschung.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine selbstkritische Bemerkung anfügen. Als die Debatte über das Manifest eine Weile gelaufen war, dämmerte mir, dass wir mit dem unausgesprochenen Kritikverbot unbewusst *vor allem uns selbst* gemeint haben könnten. Im Nachhinein betrachte ich es als einen großen Fehler der deutschen Friedens- und Konfliktforschung, nicht schon viel früher, als die Verabredungen von Oslo unterlaufen wurden, also praktisch ab 1995, laut und deutlich „Halt“ gerufen zu haben: Halt, so kann Friede nicht entstehen! Wir haben nicht wirklich hingeschaut. Es gab m. W. kaum wirklich große Friedensforschungsprojekte zum Nahen Osten. Und noch heute höre ich von Friedensforschungskollegen gelegentlich den Satz: „Israel gegenüber haben wir zu schweigen, müssen wir uns zurückhalten.“

Das, was wir zu Recht oder Unrecht der deutschen Außenpolitik vorgeworfen haben, müssen wir in allererster Linie uns selbst vorwerfen. Unser Manifest hätte 10 Jahre früher geschrieben werden müssen.